*Universität Hamburg (UHH)*

# *Krisenwahrnehmungen, Vertrauensverluste und die Verbreitung extremismusaffiner sowie antisemitischer Einstellungen bei Menschen in Deutschland 2021 bis 2025*

Katrin Brettfeld, Peter Wetzels, Jannik M.K. Fischer, Diego Farren und Rebecca Endtricht

*Phänomenmonitoring*

## Zusammenfassung

*→ Von 2021 bis 2025 fand im Rahmen der MOTRA-Studie „Menschen in Deutschland“ (MiD) jedes Jahr eine methodisch gleichartig gestaltete, bevölkerungsrepräsentative Befragung statt. Pro Jahr wurden damit jeweils mehr als 4 000 Befragte erreicht. Insgesamt nahmen 21 899 Personen ab 18 Jahren an diesen Erhebungen teil. Ein wichtiges Merkmal von MiD ist, dass durch gezielte Oversamples auch Aussagen über Menschen mit Migrationshintergrund sowie über Menschen mit muslimischer Religionszugehörigkeit auf ausreichend breiter Datenbasis möglich sind.*

*→ 2025 sieht ein großer Teil der Bevölkerung unsere Gesellschaft in mehrfacher Hinsicht durch Herausforderungen und Krisen bedroht und äußert deshalb hohe Besorgnisse. Vor allem Sorgen in Bezug auf eine mögliche Einbeziehung Deutschlands in kriegerischer Auseinandersetzungen sowie im Hinblick auf die Zuwanderung geflüchteter Menschen haben seit 2021 deutlich zugenommen.*

*→ Seit 2021 sind gleichzeitig erhebliche Verluste des Vertrauens der Bürger:innen in staatliche Institutionen und deren Fähigkeiten zu verzeichnen, Krisen und Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Dies geht mit einer starken Zunahme anomischer Verunsicherung einher. Hier finden sich seit 2023 Spitzenwerte. 2025 ist mit 54.8 % eine Mehrheit der Bevölkerung von solchen Verunsicherungen betroffen.*

*→ Gleichwohl ist mit circa 86 % die Mehrheit der Bevölkerung im Jahr 2025 positiv zu grundlegenden Prinzipien einer liberalen, rechtsstaatlichen Demokratie eingestellt. Nur etwa 14 % erweisen sich als demokratiedistant. Allerdings sind seit 2021 vor allem bei jüngeren Menschen Anstiege der Demokratiedistanz zu beobachten.*

*→ Von 2021 bis 2025 ergeben sich insgesamt nur leichte Anstiege manifest rechtsextremer Einstellungen von 4.9 % auf 5.4 %. Dieser Gesamtbefund verdeckt aber Altersunterschiede: Während bei älteren Menschen diesbezüglich Rückgänge nachweisbar sind, finden sich bei den jüngeren Altersgruppen signifikante Anstiege.*

*→ Seit 2021 sind darüber hinaus erhebliche Zunahmen der Offenheit für rechtsextremes, autoritäres Gedankengut zu erkennen. Zuwächse sind auch hier in den jüngeren Altersgruppen besonders stark. Im Jahr 2025 finden sich bei unter 40-Jährigen 27.3 %, die eine Offenheit für rechtsextremes Gedankengut erkennen lassen. Zusammen mit 5.7 % manifest rechtsextrem eingestellten Personen ist damit circa ein Drittel (33 %) der jungen Generation mindestens offen für autoritäres, rechtsextremes Gedankengut.*

*→ Für islamismusaffine Einstellungen zeigen sich gleichfalls altersbezogen spezifische Trends. Manifeste islamismusaffine Einstellungen sind bei den unter 40-jährigen Muslimen mit 11.5 % am stärksten verbreitet. Bei ihnen hat es seit 2021 zudem die höchsten Anstiege latenter islamismusaffiner Einstellungen gegeben. Deren Rate beläuft sich 2025 bei unter 40-Jährigen auf 33.6 %. Insgesamt sind im Jahr 2025 damit 45.1 % dieser jüngsten Altersgruppe der Muslime latent oder manifest islamismusaffin eingestellt.*

*→ In Bezug auf manifeste antisemitische Einstellungen sind seit 2023 gleichfalls klare Anstiege erkennbar. Während 2021 eine Rate von 3.5 % zu registrieren war, liegt diese 2025 mit 7.2 % mehr als doppelt so hoch. Zusätzlich fanden sich 2021 latent antisemitische Einstellungen bei 4.6 %; 2025 liegt diese Rate bei 7.3 %. Diese Zunahmen sind vor allem auf jüngere Befragte zurückzuführen. Bei den unter 40-Jährigen beläuft sich 2025 der Anteil manifest antisemitisch eingestellter Personen auf 9.5 %, was die im Altersvergleich höchste Rate ist. Latente antisemitische Einstellungen zeigen weitere 6.3 %, was zu einer Gesamtrate von 15.8 % führt.*

*→ Im Einklang mit Ergebnissen früherer Studien ist 2025 erneut festzustellen, dass antisemitische Einstellungen bei Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit besonders weit verbreitet sind. 2025 finden sich hier 27.2 % mit manifest antisemitischen Einstellungen, 2021 waren dies noch 12.5 %, also weniger als halb so viele. Bei den unter 40-jährigen sind die Zunahmen besonders stark. Die Raten stiegen hier von 11.3 % im Jahr 2021 auf 29.1 % im Jahr 2025.*

→ *Insgesamt weisen die Befunde darauf hin, dass gestiegene Krisenwahrnehmungen und damit verbundene Bedrohungsgefühle sowie ein stark gesunkenes Vertrauen in staatliche Institutionen seit 2021 mit wachsender anomischer Verunsicherung verbunden sind. Dies geht vor allem bei jungen Menschen mit vermehrten Hinwendungen zu autoritären Strukturen, einer wachsenden Demokratiedistanz sowie Zunahmen von rechtsextremen, islamismusaffinen wie auch antisemitischen Einstellungen einher.*

## Stichworte

*Repräsentative Umfragen | Trendanalysen | Krisenwahrnehmungen und Besorgnisse | Vertrauen in staatliche Institutionen | anomische Verunsicherung | Demokratiedistanz | Rechtsextremismus | Islamismus | Antisemitismus*

## Einleitung

Innerhalb des MOTRA-Forschungsverbundes führt das Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH) seit 2021 mit der Studie „Menschen in Deutschland“ (MiD) jährlich wiederholte, deutschlandweit repräsentative Einstellungsbefragungen der erwachsenen Wohnbevölkerung durch. Damit wird das Ziel verfolgt, neben einer Beschreibung von Trends in Bezug auf die Verbreitung demokratiedistanter, rechtsextremer und islamistischer Einstellungen sowie von Formen der Intoleranz, auch deren Kontextbedingungen sowie begünstigende Risiko- beziehungsweise dem entgegenwirkende Schutzfaktoren auf Mikro-, Meso- und Makroebene in den Blick zu nehmen. Insofern werden hier auch mit gesellschaftlichen Veränderungen, Herausforderungen und Krisen verknüpfte Sorgen und subjektive Belastungen sowie damit einhergehende Verunsicherungen untersucht (vgl. Brettfeld, 2023). Weitere relevante Faktoren mit unmittelbarem politischen Bezug stellen nach unseren bisherigen Befunden auch das Ausmaß des Vertrauens in politische Institutionen und Entscheidungsträger dar, die ebenfalls in die Erhebungen einbezogen werden (vgl. Brettfeld et al., 2025; Brettfeld, 2023).

Im Jahr 2025 wurde die fünfte Welle der MiD-Studie realisiert. Wie bereits in den Vorjahren basieren die Stichproben auf Zufallsziehungen aus den Adressbeständen der Einwohnermeldeämter bezogen auf über 18-jährige gemeldete Personen (vgl. Fischer et al., 2025). Über alle fünf Wellen der MiD-Studie hinweg wurden seit 2021 so insgesamt 21 899 Personen befragt. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die dabei erreichten Befragten, die Erhebungszeiträume sowie die erzielten Rücklaufquoten.

**Tabelle 1**

Stichprobengrößen und Rücklaufquoten der MiD-Studien 2021–2025

| | Erhebungszeitraum | Stichprobengröße | Rücklaufquote |
|---|---|---|---|
| Welle 1, MiD 2021 | 18. März–10. Juni 2021 | N = 4 483 | 23.6 % |
| Welle 2, MiD 2022 | 29. März–4. Juli 2022 | N = 4 319 | 20.6 % |
| Welle 3, MiD 2023 | 30. März–30. Juni 2023 | N = 4 253 | 19.7 % |
| Welle 4, MiD 2024 | 10. April–8. Juli 2024 | N = 4 386 | 20.0 % |
| Welle 5, MiD 2025 | 23. Mai–20. Juli 2025 | N = 4 458 | 19.2 % |
| **Befragte insgesamt** | | **N = 21 899** | |

Der Gesamtdatensatz umfasst neben bevölkerungsrepräsentativen Zufallsstichproben immer auch Oversamples für in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund einerseits sowie mit muslimischer Religionszugehörigkeit andererseits (zu Erhebungsinstrumenten, Stichprobendesign und Rücklaufquoten der einzelnen Erhebungswellen vgl. Brettfeld et al., 2021a; Brettfeld et al., 2021b; Endtricht et al., 2022; Fischer et al., 2023; Wetzels et al., 2023, Fischer et al., 2025).

Nachfolgend werden zunächst Befunde zu den subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen der gesellschaftlichen Situation seitens der Befragten dargestellt und deren Veränderungen im Verlauf der letzten fünf Jahre beschrieben. Ferner wird auf ihre Einschätzungen staatlicher Institutionen sowie gesellschaftlicher Entscheidungsträger eingegangen, auf deren Legitimation und das Vertrauen, das sie aus der Sicht der Bevölkerung genießen. Zu all diesen Themen werden neben aktuellen Ergebnissen für 2025 auch längerfristige Trends seit 2021 beleuchtet.

Im Anschluss daran werden Resultate im Hinblick auf extremismusaffine politische Einstellungen vorgestellt. Der diesjährige Bericht für den MOTRA-Monitor konzentriert sich dabei auf Erkenntnisse zu deren Verbreitung im Jahr 2025 sowie zu Veränderungen und Trends im Hinblick auf Umfang und soziale Verteilung seit 2021. In phänomenübergreifender Hinsicht – also unabhängig von einer spezifischen ideologischen Verortung – geht es dabei um ablehnende Einstellungen zu Grundprinzipien einer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung, die auch als Demokratiedistanz bezeichnet werden. Als phänomenspezifische Formen extremismusaffiner Haltungen werden ferner rechtsextreme sowie – begrenzt auf die Gruppe der in Deutschland lebenden Muslime – islamistische Einstellungen in den Blick genommen.[1] Schließlich wird, angesichts der besonderen politischen Brisanz und Aktualität der Thematik, auch auf die Verbreitung antisemitischer Einstellungen und deren Entwicklungen seit 2021 eingegangen.

1 *Darüber hinaus sollen in der zweiten Förderphase von MOTRA auch Entwicklungen im Bereich linksextremer politischer Einstellungen näher beleuchtet werden. Die subjektive Wahrnehmung von Bedrohungen mit Blick auf Linksextremismus und linksextreme Gewalt war auch schon bislang ein Thema sowohl innerhalb der Studie MiDInt (für Ergebnisse vgl. Wetzels et al., 2025a) als auch in der MiD-Studie. Mit der Aufarbeitung des Forschungsstandes zur Messung linksextremer Einstellungen und der Entwicklung eines spezifischen Instrumentes zur Integration in die MiD-Studie wurde nun ab der fünften Welle begonnen (vgl. Fischer et al., 2025). Erste Zwischenergebnisse dazu werden ab Herbst 2026 zu erwarten sein.*

## Subjektiven Wahrnehmungen gesellschaftlicher Herausforderungen und Sorgen sowie wirtschaftlicher Belastungen 2021 bis 2025

Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Herausforderungen und damit verbundene Sorgen der Bürger:innen werden als zentrale Bestandteile der MiD-Studie seit der ersten Welle im Jahr 2021 kontinuierlich erhoben. Diese betreffen unter anderem mögliche Verstrickungen Deutschlands in militärische Konflikte, eine aufgrund wirtschaftlicher Krisen wachsende Armut, Folgen des Klimawandels und den Zuzug geflüchteter Menschen nach Deutschland.

Abbildung 1 zeigt für die Jahre 2021 bis 2025 die Prozentraten derer, die in Bezug auf diese vier gesellschaftlichen Herausforderungen angegeben haben, „sehr besorgt“ zu sein.[2] Ausgewiesen werden ferner auch Zu- beziehungsweise Abnahmen in Prozentpunkten im Vergleich zum Jahr 2021.

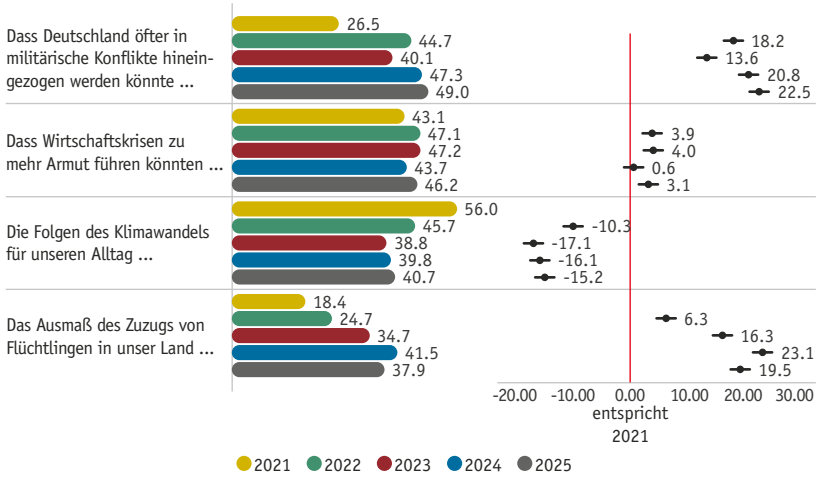


*Abbildung 1: Wahrnehmung gesellschaftlicher Herausforderungen: Anteile der Befragten, die „sehr besorgt“ sind nach Erhebungsjahr (links) und Veränderungen in Prozentpunkten im Vergleich zu 2021 (rechts) (MiD 2021–2025, gewichtete Daten)*

2 *Die Befragten konnten auf einer vierstufigen Skala das Ausmaß ihrer Besorgnis angeben. Die Antwortkategorien reichen von 1 = „besorgt mich gar nicht“ bis 4 = „besorgt mich sehr“. Besorgnisse wegen der Corona-Pandemie werden seit 2023 nicht mehr erfasst.*

Die Sorge, dass Deutschland in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte, ist 2025 im Vergleich der Erhebungsjahre am stärksten verbreitet. Knapp die Hälfte der Befragten (49.0 %) sind hierüber aktuell sehr besorgt. Gegenüber 2021 hat sich diese Rate mehr als verdoppelt; der Zuwachs beträgt + 22.5 Prozentpunkte. Dies steht nicht zuletzt mit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs im Jahr 2022 (innerhalb eines Jahres war hier ein Zuwachs um + 18.2 Prozentpunkte zu sehen) und der Verschärfung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern im Gaza-Streifen seit Ende 2023 in Zusammenhang. Gleichzeitig dürften auch die vermehrten Berichte über russische Aktivitäten in der Ostsee, mögliche Hackerangriffe und Störungen des Flugbetriebs in mehreren europäischen Staaten, für die ebenfalls Russland verantwortlich gemacht wurde, eine wichtige Rolle spielen.

> *Diese recht allgemein formulierten Besorgnisse gehen einher mit deutlichen Anstiegen der Angst vor Krieg und entsprechender Sorgen. So hat die Rate derer, die sich große oder sehr große Sorgen darüber machen, dass ein NATO-Staat angegriffen werden könnte, im Jahr 2025 mit 55.8 % im Vergleich zum Jahr 2023 um + 7.1 Prozentpunkte zugenommen. Bei etwa einem Drittel (30.7 %) bestehen 2025 große oder sehr große Sorgen, dass es in Europa zu einem Atomkrieg kommen könnte (vgl. Wetzels et al., 2025a).*

Die Sorge, dass aufgrund von Wirtschaftskrisen die Armut zunehmen könnte, ist über den gesamten Zeitraum – mit leichten Schwankungen – relativ konstant und ebenfalls sehr hoch. Die Raten der darüber sehr besorgten Bürger:innen liegen zwischen 43.1 % im Jahr 2021 und 46.2 % im Jahr 2025.

Besorgnisse wegen möglicher Folgen des Klimawandels haben im Vergleich zu 2021 deutlich an Bedeutung verloren (2021: 56.0 % – 2025: 40.7 %), was angesichts der anderen Probleme, mit einer Verschiebung der Relevanz sowie mit Gewöhnungsprozessen erklärt werden könnte. Seit dem Tiefstand mit 38.8 % im Jahr 2023 zeigen sich aber erneute leichte Zunahmen.

Die stärksten Veränderungen finden sich für Sorgen, die mit einer zunehmenden Migration geflüchteter Menschen nach Deutschland verbunden werden. 2021 waren 18.4 % darüber sehr besorgt. Diese Rate stieg schrittweise an und erreichte 2024 mit 45.5 % ihren bisherigen Höchstwert.

Das entspricht einem Zuwachs von + 23.1 Prozentpunkten. 2025 ist erstmals wieder ein Rückgang um -3.6 Prozentpunkte auf nun 37.9 % zu erkennen. Das ist aber immer noch die zweithöchste Rate im betrachteten Zeitraum.

2025 sind die Raten der Personen mit großen Sorgen unter Frauen überwiegend signifikant höher als bei Männern. Die größten Geschlechtsunterschiede zeigen sich bezüglich einer möglichen Beteiligung Deutschlands an militärischen Konflikten (Frauen: 56.0 %, Männer: 42.0 %) und mit Blick auf die Folgen des Klimawandels (Frauen: 46.8 %, Männer: 34.6 %). Hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung äußern Frauen ebenfalls größere Sorgen als Männer. Hier beträgt der Unterschied jedoch nur 5.7 Prozentpunkte. Etwas anderes zeigt sich für Sorgen, die mit dem Zuzug von Flüchtlingen verbunden sind. Nur diesbezüglich ist der Anteil sehr Besorgter bei Männern mit 41.1 % deutlich höher als bei Frauen (34.8 %).

> *Vergleicht man die Raten derer, denen das Thema Migration große Sorgen bereitet, mit den entsprechenden Werten des Vorjahres, fällt außerdem auf, dass sich bei Frauen diese Rate zwischen 2024 und 2025 signifikant von 41.6 % auf 34.8 %, also um -6.8 Prozentpunkte verringert hat, während sich bei den Männern eine marginale, nicht signifikante Zunahme von 40.9 % auf 41.1 % zeigt. Damit ist der erstmals für 2025 festgestellte Rückgang in diesem Bereich allein auf eine Veränderung innerhalb der weiblichen Bevölkerung zurückzuführen.*

Das Ausmaß der Verbreitung solcher Sorgen ist bei den verschiedenen Altersgruppen unterschiedlich. Nur Besorgnisse wegen der wirtschaftlichen Entwicklungen sind in den Altersgruppen vergleichbar hoch ausgeprägt. Die stärksten altersbezogenen Differenzen betreffen das Thema Migration: Während von den 18- bis unter 40-Jährigen nur ein Viertel (25.3 %) sich darüber große Sorgen macht, liegen die Raten bei den 40- bis unter 60-Jährigen (45.0 %) und den über 60-Jährigen (44.4 %) jeweils um etwa 20 Prozentpunkte höher.

Sorgen wegen eines Einbezugs Deutschlands in militärische Konflikte sind ebenfalls in der jüngsten Altersgruppe mit 41.6 % zwar hoch, aber im Altersvergleich relativ betrachtet noch am wenigsten verbreitet. Diese Rate nimmt mit dem Alter zu. Sie beläuft sich bei 40- bis unter 60-Jährigen auf 50.8 % und bei über 60-Jährigen auf 55.0 %.

In Bezug auf die Folgen des Klimawandels sind die Anteile der sehr Besorgten in den beiden jüngeren Altersgruppen recht ähnlich (18- bis unter 40 J.: 39.4 %, 40- bis unter 60 J: 37.3 %), aber deutlich geringer als bei den über 60-Jährigen, von denen 46.3 % angeben, in dieser Hinsicht sehr besorgt zu sein.

*Dass sich gerade die ab 60-Jährigen bezüglich der Folgen des Klimawandels die größten Sorgen machen, erscheint – angesichts der Berichterstattung über Klimaproteste und Fridays for Future-Aktivitäten, die gerade durch die jüngere Generation getragen wurden – erstaunlich. Dieser Befund ist jedoch kein „Ausreißer“: Betrachtet man die Daten der letzten fünf Jahre im Trend, zeigt sich, dass dies in allen Erhebungsjahren zu erkennen war (vgl. Abbildung 2).*

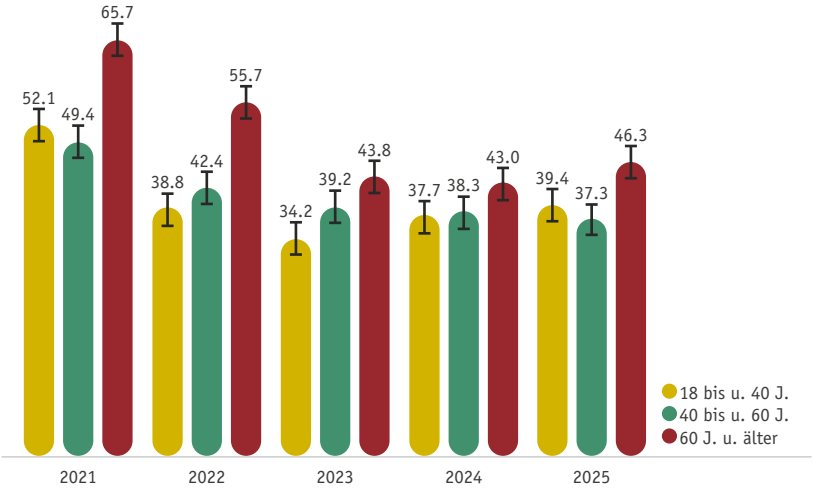


*Abbildung 2: Anteile der Befragten, die wegen der Folgen des Klimawandels „sehr besorgt“ sind, nach Altersgruppe und Erhebungsjahr (MiD 2021–2025, gewichtete Daten)*

Die Folgen des Klimawandels sind zudem der einzige Bereich, in dem sich Befragte mit hoher Schulbildung (Abitur/allgemeine Hochschulreife) in größerem Umfang Sorgen machen (49.1 %) als Personen, die höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen (34.0 %) oder über die mittlere

Reife (36.7 %). In allen anderen Feldern sind die Raten der sehr Besorgten bei Befragten mit niedrigem und mittleren Bildungsabschluss ausgeprägter als die von Befragten mit hoher Bildung.

Ein Vergleich der östlichen und westlichen Bundesländer zeigt klare Unterschiede: So besorgt 2025 der Klimawandel Befragte aus dem Osten Deutschlands (34.4 %, inkl. Berlin) weniger als jene aus dem Westen (42.2 %). Dies galt so ganz ähnlich bereits 2024. Demgegenüber sind die Sorgen wegen Wirtschaftskrisen (Ost: 51.1 %, West: 45.0 %) oder einer deutschen Beteiligung an einem militärischen Konflikt (Ost: 56.0 %, West: 47.3 %) im Osten Deutschlands 2025 signifikant höher. Anders als 2024, wo mit Blick auf den Zuzug von Flüchtlingen sich für Ostdeutschland eine um 9.5 Prozentpunkte höhere Rate mit großen Sorgen zeigte als für Westdeutschland, besteht 2025 diesbezüglich kein signifikanter Unterschied mehr.

> *So sank diese Rate in Westdeutschland innerhalb des letzten Jahres nur geringfügig, von 39.7 % auf 37.3 %, im Osten Deutschland jedoch wesentlich stärker von 49.2 % auf 40.4 %.*

Darüber hinaus wurden die Befragten auch gebeten, zu Befürchtungen mit Blick auf künftige Belastungen in soziökonomischer Hinsicht Angaben zu machen. Dazu wurde erfragt, wie wahrscheinlich es nach Ansicht der Befragten ist, dass sie sich innerhalb der nächsten sechs Monate beim Einkauf von Grundnahrungsmitteln einschränken müssen oder ihre Miete sowie Strom und Heizung nicht mehr zahlen können. Erfasst wurde auch die Erwartung, in dieser Zeit den Arbeitsplatz zu verlieren.[3] Diese Fragen wurden 2023 erstmals in das Erhebungsinstrument aufgenommen. Hintergrund dessen waren die – nach dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs Anfang 2022 – verschärfte Energiekrise, Lieferkettenprobleme sowie eine hohe Inflation, die in der Summe zu massiven finanziellen Belastungen der Bevölkerung führten. 2023 erklärte fast die Hälfte der Teilnehmenden (49.2 %), es sei „wahrscheinlich“ oder „sehr wahrscheinlich“, dass sie sich in den kommenden sechs Monaten beim Kauf von Grundnahrungsmitteln einschränken müssen. 28.9 % erwarteten die Energiekosten und 17.6 % die

3 *Die Befragten konnten auf einer vierstufigen Skala die Wahrscheinlichkeit einschätzen. Die Antwortkategorien reichen von 1 = „sehr unwahrscheinlich“ bis 4 = „sehr wahrscheinlich“. In einer zusätzlichen Kategorie konnte angegeben werden, ob dieser Umstand auf den Teilnehmenden nicht zutrifft. Diese Angabe wurde in der Analyse als „sehr unwahrscheinlich“ gewertet.*

Mieten nicht mehr zahlen zu können. 10.7 % hielten es für wahrscheinlich, ihren Arbeitsplatz zu verlieren (vgl. Abbildung 3). In den letzten beiden Jahren finden sich aber in Bezug auf drei dieser finanziellen Belastungen zum Teil sehr deutliche Rückgänge.

> *Dies betrifft insbesondere Grundnahrungsmittel. Bereits 2024 sank die Rate derer, die antizipierten, sich in diesem Bereich einschränken zu müssen, um -9.5 Prozentpunkte und im Jahr 2025 zusätzlich um weitere -3.2 Prozentpunkte auf den aktuellen Stand von nun 36.5 %. Dieser Rückgang sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch heute noch mehr als ein Drittel der Bevölkerung Befürchtungen mit Blick auf künftig nicht mehr tragbare finanzielle Belastungen und Einschränkungen in zentralen Bereichen des alltäglichen Lebens artikuliert. Ein deutlicher Rückgang um insgesamt -10 Prozentpunkte zeigt sich auch bei der Belastung durch Energiekosten. Im Jahr 2025 geht aber immer noch knapp ein Fünftel der Bevölkerung (18.9 %) davon aus, diese Kosten künftig nicht mehr bezahlen zu können. Allerdings hat sich die Lage mit Blick auf die Mieten in den letzten drei Jahren nur wenig verbessert. Die Rate derer, die glauben, in den nächsten sechs Monaten ihre Miete nicht zahlen zu können, ist um lediglich -3 Prozentpunkte auf aktuell 14.6 % gesunken.*

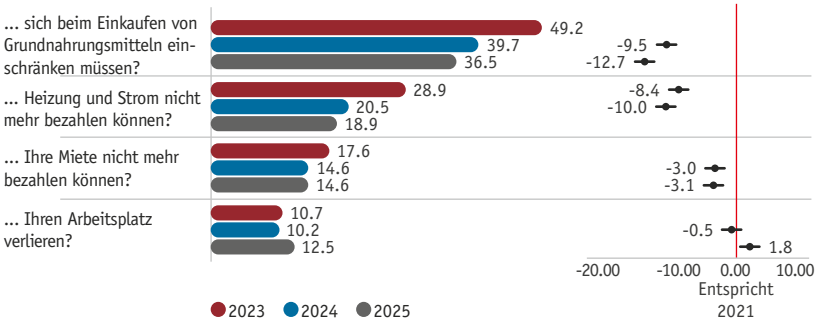


*Abbildung 3: Antizipierte persönliche wirtschaftliche Belastungen in den nächsten sechs Monaten: Anteile der Befragten, die diese für „wahrscheinlich" oder „sehr wahrscheinlich" halten, nach Erhebungsjahr (links) und Veränderungen in Prozentpunkten im Vergleich zu 2023 (rechts) (MiD 2023–2025, gewichtete Daten)*

Eine signifikante leichte Verschärfung zeigt sich bezüglich der Arbeitsplatzsicherheit: 12.5 % befürchten im Jahr 2025 ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Das sind + 1.8 Prozentpunkte mehr als 2023 und + 2.3 Prozentpunkte mehr als 2024.

*Männer und Frauen unterscheiden sich im Jahr 2025 hinsichtlich der Sorgen bezüglich der Zahlungen der Miete und Energiekosten nicht. Allerdings befürchten 2025 mit 40.9 % deutlich mehr Frauen als Männer (31.9 %), sich beim Einkauf von Grundnahrungsmitteln einschränken zu müssen. Umgekehrt halten es mehr Männer (14.7 %) als Frauen (10.2 %) für wahrscheinlich, in den nächsten sechs Monaten ihren Arbeitsplatz zu verlieren.*

*Deutlichere Unterschiede zeigen sich zwischen Altersgruppen. Die ab 60-Jährigen sind in allen genannten Bereichen weniger besorgt als die beiden jüngeren Altersgruppen.*

Es besteht ferner ein deutlicher Zusammenhang mit dem Bildungsniveau: Je höher der Schulabschluss, desto geringer wird die Wahrscheinlichkeit eingeschätzt, den Lebensunterhalt nicht bestreiten zu können oder den Arbeitsplatz zu verlieren.

Im Jahr 2025 sind bezüglich der Mieten 14.0 % der Befragten aus dem Osten und 16.9 % der Befragten aus dem Westen Deutschlands besorgt. Signifikante Unterschiede bezüglich der Energiekosten bestehen zwischen West und Ost aktuell nicht. Allerdings geht mit 45.7 % ein großer Teil der in Ostdeutschland lebenden Befragten davon aus, sich in den kommenden sechs Monaten beim Kauf von Grundnahrungsmitteln einschränken zu müssen. Im Westen der Republik sind davon nur 34.3 % betroffen. Auch die Rate derer, die befürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, ist 2025 im Osten mit 15.3 % signifikant höher als im Westen (11.8 %).

## Zwischen Vertrauen und Verunsicherung: Subjektive Bewertungen staatlicher Institutionen und gesellschaftlicher Entscheidungsträger

Angesichts der von den Befragten berichteten Sorgen und Probleme stellt sich die Frage, inwieweit die Bürger:innen den Institutionen und Personen vertrauen, die politisch mit der Bewältigung der hier thematisierten Probleme befasst sind, und ob sie ihnen die dafür notwendigen Kompetenzen zuschreiben.

Hierzu wurden die Teilnehmenden gebeten anzugeben, inwieweit sie staatlichen Institutionen sowie politischen Parteien und der Regierung vertrauen.[4] Traditionell wird in Deutschland der Polizei und den Gerichten das größte Vertrauen entgegengebracht (vgl. auch Brettschneider, 2025). Dies ist auch im Jahr 2025 so: 73.9 % der Befragten vertrauen der Polizei; 65.8 % haben Vertrauen in die Gerichte. Allerdings haben diese beiden Institutionen im Vergleich zu 2021 klare Vertrauensverluste zu verzeichnen. Die Polizei verlor in den vergangenen fünf Jahren -5.0 Prozentpunkte (2021: 78.9 %) und die Gerichte -8.9 Prozentpunkte (2021: 74.7 %). Deutlich geringer ist das Vertrauen, das die Befragten 2025 staatlichen Behörden insgesamt entgegenbringen (46.2 %). Im Jahr 2021 lag diese Rate noch bei 62.4 %, was einem Verlust von -16.2 Prozentpunkten entspricht.

Sehr niedrig ist das Vertrauen der Befragten in politische Parteien und die Regierung. Beide haben in den vergangenen Jahren zudem ganz massiv an Vertrauen verloren. So lag das Vertrauen in die Regierung im Jahr 2021 noch bei 55.9 %, sank jedoch bis zum Jahr 2024 um die Hälfte auf 27.8 %. Erst im Jahr 2025 zeigt sich wieder ein ganz leichter Anstieg auf 29.1 %. Ähnliches findet sich für die politischen Parteien: Hier reduzierte sich das Vertrauen der Bevölkerung innerhalb von zwei Jahren von 40.5 % im Jahr 2021 auf 20.7 % im Jahr 2023. In den letzten beiden Jahren finden sich dann aber wieder minimale Anstiege auf 21.0 % im Jahr 2024 und auf 21.6 % im Jahr 2025. Angesichts dieser geringen Zuwächse und niedrigen Raten kann aber noch nicht von einer positiven Trendwende gesprochen werden (vgl. Wetzels et al., 2025a).

4 *Die Befragten konnten das Ausmaß des Vertrauens auf einer sechsstufigen Skala angeben, die von 1 = „überhaupt kein Vertrauen“ bis 6 = „volles Vertrauen“ reicht. Werte von 4 bis 6 bringen Vertrauen zum Ausdruck.*

Fasst man die Angaben für alle fünf Institutionen in einer Mittelwertskala zusammen und dichotomisiert diese am numerischen Skalenmittelpunkt,[5] zeigt sich insgesamt ein recht erheblicher Vertrauensverlust im Zeitvergleich (Abbildung 4, links). Das Institutionenvertrauen scheint in den letzten Jahren auf einem bemerkenswert niedrigen Niveau zu verharren. Im Jahr 2021 lag die Rate der Befragten, die im Durchschnitt staatlichen und politischen Institutionen eher vertrauten, noch bei knapp zwei Drittel (65.9 %). Aktuell liegt diese aggregierte Vertrauensrate bei nur 48.2 %, was einen Verlust von -17.7 Prozentpunkten bedeutet.

Um zu erfassen, wie die Fähigkeiten und die Bereitschaft relevanter Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik eingeschätzt werden, die vielfältigen Herausforderungen anzugehen und die Probleme zu lösen, wurden den Teilnehmenden drei Aussagen vorgelegt,[6] zu denen der Grad der Zustimmung beziehungsweise Ablehnung erfasst wurde. Diese Angaben wurden in eine Mittelwertskala überführt und an deren numerischen Skalenmittelpunkt dichotomisiert, um die Entwicklung der Zustimmungsraten zu betrachten.[7]

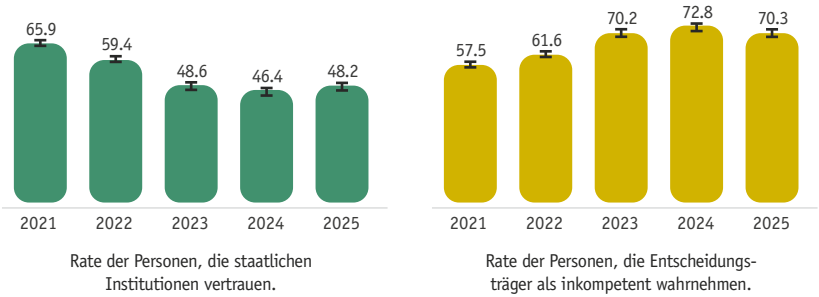


*Abbildung 4: Vertrauen in staatliche Institutionen und Einschätzung der (In-)Kompetenz gesellschaftlicher Entscheidungsträger nach Erhebungsjahr (MiD 2021–2025, gewichtete Daten)*

5 *Befragte mit Werten größer als 3.5 wurden als solche mit Vertrauen in staatliche Institutionen eingestuft.*

6 *Nach einer kurzen Einführung, wonach unter anderem auch Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen zuständig sind, wurden den Befragten folgende Aussagen vorgelegt: „Die Entscheidungsträger in unserem Land … sind an den Problemen der einfachen Leute nicht interessiert", „… sind unfähig, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen" und „… handeln oft gegen die Interessen der Bevölkerung".*

7 *Die Befragten konnten auf einer vierstufigen Skala antworten, die von 1 = „stimme gar nicht zu" bis 4 = „stimme völlig zu" reicht. Befragte mit Werten größer 2.5 sehen die Entscheidungsträger als inkompetent an.*

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sieht danach wichtige Entscheidungsträger nicht als hinreichend kompetent und motiviert an, aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen (Abbildung 4, rechts). Dies war bereits im Jahr 2021 so, als 57.5 % den Entscheidungsträgern Desinteresse und Unfähigkeit zuschrieben. Diese Rate hat sich bis 2024 ganz erheblich auf 72.8 % erhöht. Ähnlich wie beim Vertrauen in staatliche Institutionen verbleibt diese skeptische Wahrnehmung auch 2025 weiterhin auf hohem Niveau. Eine Trendwende ist nicht zu erkennen.

*Diese Entwicklungen sind für Männer und Frauen recht ähnlich. Beide Geschlechter unterscheiden sich nur dahin gehend, dass Frauen ein etwas geringeres Vertrauen in politische Institutionen haben und gleichzeitig relevante Entscheidungsträger tendenziell eher als inkompetent wahrnehmen. Differenziert man diesen Befund nach Alter, zeigt sich, dass jüngere Befragte zwischen 18 bis unter 40 Jahren durchweg das geringste Vertrauen in staatliche Institutionen haben (2025: 42.9 %). Das Vertrauen wächst mit zunehmendem Alter und ist in der Altersgruppe der ab 60-Jährigen am größten (2025: 54.0 %).*

*Für die (In)kompetenzwahrnehmung gilt Ähnliches in Bezug auf Alter, Bildung sowie West-Ost-Divergenzen. Negative Einschätzungen der Kompetenzen und der Motivation gesellschaftlicher Entscheidungsträger sind im Jahr 2025 in der jüngsten Altersgruppe am häufigsten anzutreffen (73.0 %) und bei den über 60-Jährigen mit 67.8 % signifikant seltener. Im Hinblick auf das Bildungsniveau stechen die gut gebildeten Befragten heraus: Sie sind durch ein deutlich höheres Systemvertrauen sowie eine signifikant geringere (In)kompetenzwahrnehmung gekennzeichnet im Vergleich zu Befragten mit mittleren und niedrigen Bildungsabschlüssen. Die oben abgebildeten zeitlichen Trends finden sich jedoch auch hier bei allen Teilgruppen. Zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich im Jahr 2025 zwar signifikante Unterschiede, diese fallen jedoch eher gering aus. Befragte aus dem Osten Deutschlands zeigen ein um 4.1 Prozentpunkte geringeres Vertrauen (Ost: 44.9 %, West: 49.0 %) und eine um 5.4 Prozentpunkte höhere (In)kompetenzwahrnehmung (Ost: 74.6 %, West: 69.2 %).*

Neben dem Vertrauen in staatliche Institutionen und der Bewertung der Fähigkeiten wichtiger Entscheidungsträger ist – wie unsere früheren Analysen bereits für die Jahre 2021 bis 2024 ausführlich zeigen konnten (vgl. Brettfeld et al., 2025) – die allgemeine Verunsicherung der Bevölkerung ein wichtiger Faktor, der eng mit extremismusaffinen politischen Einstellungen in Zusammenhang steht (vgl. Brettfeld, 2023).

Zur Messung einer solchen sogenannten anomischen Verunsicherung wurden den Befragten drei Aussagen vorgelegt und dazu deren Zustimmung beziehungsweise Ablehnung erfasst.[8] Auf Grundlage dieser Angaben wurde eine Mittelwertskala gebildet. Um jene Befragte zu identifizieren, die ein hohes Ausmaß anomischer Verunsicherung aufweisen, wurde diese Skala bei einem Wert von > 2.8 dichotomisiert.

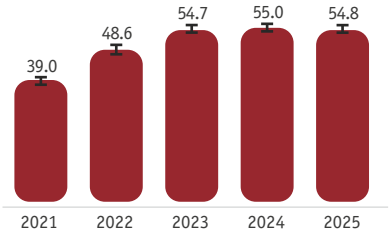


*Abbildung 5: Rate der Personen mit hoher anomischer Verunsicherung nach Erhebungsjahr,(MiD 2021–2025, gewichtete Daten)*

Im Jahr 2021 wiesen 39.0 % der Befragten eine deutliche allgemeine anomische Verunsicherung auf (vgl. Abbildung 5). Für 2022 und 2023 sind starke Zunahmen zu erkennen (um insgesamt +15.7 Prozentpunkte). Im Jahr 2024 zeigt sich mit 55.0 % der bisher höchste Wert; die Rate für 2025 (54.8 %) liegt nur unwesentlich darunter. Insoweit zeigt sich im Zeitverlauf auch für die anomische Verunsicherung eine Stabilisierung auf relativ hohem Niveau, so wie es auch für die Beeinträchtigung des Vertrauens in staatliche Institutionen und die negative Einschätzung der Kompetenzen gesellschaftlicher Entscheidungsträger festzustellen ist.

8 *Die Aussagen lauten: „In diesen Tagen ist alles so unsicher geworden, dass man auf alles gefasst sein muss.“ „Wenn man die Ereignisse der letzten Jahre betrachtet, wird man richtig unsicher.“ „Die Dinge sind heute so schwierig geworden, dass man nicht mehr weiß, was los ist.“ Die vierstufige Antwortskala reicht von 1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“.*

*Auch bei der anomischen Verunsicherung weisen Frauen (60.5 %) eine deutlich höhere Rate auf als Männer (49.0 %). Lediglich im Jahr 2021 gab es diesbezüglich keine Geschlechtsunterschiede. Während in den vergangenen Jahren die anomische Verunsicherung bei älteren Befragten stets signifikant höher war als in den beiden jüngeren Altersgruppen, zeigen sich 2025 hier keine Differenzen mehr. Dies ist auf unterschiedliche Trends in den einzelnen Altersgruppen zurückzuführen: Während bei den 18- bis unter 40-Jährigen der Anteil der verunsicherten Befragten in den vergangenen zwölf Monaten um + 3.8 Prozentpunkte auf aktuell 54.5 % zunahm, weisen die 40- bis unter 60-Jährigen keine Veränderung auf; sie liegen 2025 bei 55.3 %. Bei den ab 60-Jährigen hingegen sank die Rate der Verunsicherten von 59.4 % im Jahr 2024 auf 53.9 % und damit um -5.5 Prozentpunkte. Problematische Entwicklungen sind insofern vor allem bei Jüngeren zu beobachten.*

*In Bezug auf das Bildungsniveau zeigt sich in allen Jahren ein sehr eindeutiger Zusammenhang mit der anomischen Verunsicherung: Deren Rate ist umso geringer, je höher der Bildungsstand der Befragten ausfällt. Im Jahr 2025 liegt der Anteil der hoch Verunsicherten bei Befragten, die maximal einen Hauptschulabschluss aufweisen, bei 68.9 % und damit weit über dem Durchschnitt und 28 Prozentpunkte höher als bei Personen mit Abitur (40.9 %).*

Im Vergleich der westdeutschen und der ostdeutschen Bundesländer finden sich 2025 nur geringe Unterschiede der anomischen Verunsicherung (Ost: 52.4 %, West: 55.4 %). Die Entwicklungen in den beiden Regionen waren aber verschieden. Im Westen nahm die Verunsicherung vom 37.0 % im Jahr 2021 bis zum Jahr 2024 zu (55.5 %) und sank 2025 nur marginal auf 55.4 %. Im Osten war der Anteil der Verunsicherten im Jahr 2021 mit 47.4 % deutlich höher als im Westen und stieg bis 2023 auf 59.4 %, nahm aber in den Folgejahren ab bis auf schließlich 52.4 % im Jahr 2025.

## Zeitliche Trends extremismusaffiner politischer Einstellungen

Extremismusaffine politische Einstellungen wurden in allen Erhebungswellen in gleicher Weise erfasst. Dazu gehört zum einen das Ausmaß der Demokratiedistanz als ideologieunabhängig (phänomenübergreifend) erfasste ablehnende Haltung zu Grundprinzipien eines freiheitlichen, demokratischen Staates. In phänomenspezifischer Hinsicht betrifft dies zum anderen rechtsextreme sowie – eingeschränkt auf in Deutschland lebende Menschen mit muslimischer Religionszugehörigkeit – islamismusaffine Einstellungen (vgl. Brettfeld et al., 2021b; Wetzels & Brettfeld, 2023).

### *Phänomenübergreifende Analyse: Demokratiedistante Einstellungen*

Demokratiedistante Einstellungen werden in der MiD-Studie als ein mehrdimensionales Konstrukt aufgefasst und über drei normativ trennbare Subskalen (Ablehnung von Freiheitsrechten, Ablehnung konstitutioneller Prinzipien, Ablehnung fundamentaler Gleichheitsrechte) erfasst. Den Befragten wurden zu jeder Subdimension vier Aussagen vorgegeben, zu denen das Ausmaß der Zustimmung oder Ablehnung angegeben werden sollte.[9]

Positive Haltungen zu basalen Freiheitsgrundrechten sind sehr weitverbreitet. Die Zustimmungsraten fallen 2025 höher aus als zu Beginn der Studie im Jahr 2021. Sie haben sich auch kurzfristig im Vergleich zum Vorjahr 2024 leicht erhöht. Die höchste Zustimmung findet – wie auch schon in den Jahren zuvor –– die Pressefreiheit, die von 95.4 % der Befragten befürwortet wird. Demgegenüber erfährt das Recht, für seine Überzeugung auf die Straße gehen zu können, mit 91.1 % eine etwas geringere, gleichwohl aber sehr hohe Zustimmung. Ein Verbot von Streiks und Demonstration – dieses Items wurde im Sinne einer Ablehnung von Freiheitsrechten negativ formuliert – befürworten nur 7.6 % der Befragten; 92.4 % lehnen ein solchesVerbot ab.

9 *Die Antwortkategorien reichen von 1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“. Die Werte 3 und 4 werden als Zustimmung gewertet.*

**Tabelle 2**

Einzelitems der Skala zur Erfassung demokratiedistanter Einstellungen:

| | MiD 2021 | MiD 2022 | MiD 2023 | MiD 2024 | MiD 2025 | p (sign.) 21 vs. 25 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Demokratische Freiheitsrechte** | | | | | | |
| Jeder Bürger sollte das Recht haben, für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen. x | 85.8 | 90.2 | 88.5 | 89.4 | 91.1 | *** |
| Streiks und Demonstrationen gefährden die öffentliche Ordnung und sollten verboten werden. | 11.3 | 11.1 | 13.4 | 11.1 | 7.6 | *** |
| Die Freiheit der Presse in unserem Land muss geschützt werden. x | 93.9 | 95.0 | 93.7 | 94.5 | 95.4 | ** |
| Alle Minderheiten sollten das Recht haben, ihre Meinung frei zu äußern. x | 90.6 | 94.8 | 92.8 | 91.5 | 92.3 | ** |
| **Gleichheitsrechte** | | | | | | |
| Menschen dürfen nicht aufgrund ihrer Hautfarbe benachteiligt werden. x | 95.7 | 95.9 | 94.2 | 96.1 | 94.7 | * |
| Frauen und Männer müssen für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten. x | 98.4 | 98.7 | 97.6 | 98.4 | 97.9 | # |
| Ausländer dürfen bei der Vergabe von Wohnraum nicht anders behandelt werden als Einheimische. x | 88.7 | 87.6 | 86.9 | 87.1 | 86.3 | *** |
| Muslime müssen ihre Religion genauso frei ausüben dürfen, wie Christen, Juden oder andere Religionen. x | 84.6 | 85.0 | 84.0 | 82.2 | 80.6 | *** |
| **Konstitutionelle Verfasstheit** | | | | | | |
| Wer bei einer Wahl unterliegt, soll die Regierungsgeschäfte nicht kritisieren dürfen. | 15.2 | 20.9 | 19.7 | 18.8 | 17.5 | ** |
| Wenn eine Regierung gute Arbeit leistet, gibt es keinen Grund, nach vier Jahren eine neue Wahl zu veranstalten. | 16.7 | 20.6 | 21.4 | 20.1 | 18.3 | # |
| Wenn das Parlament etwas entscheidet, darf das nicht durch ein Gericht wieder aufgehoben werden. | 25.7 | 31.9 | 26.2 | 24.3 | 22.3 | *** |
| Für eine starke politische Führung in Deutschland sollte das Parlament weniger Einfluss haben. | 14.4 | 22.0 | 19.4 | 16.4 | 16.4 | ** |

*Anmerkungen: Die mit x gekennzeichneten Items werden bei der Skalenbildung invertiert; Signifikanztest: # p <.10; * p<.05; ** p<.01; ***p<.001*

Fundamentale Gleichheitsrechte werden im Vergleich dazu ein wenig kontroverser gesehen. Die Gleichbehandlung von Männern und Frauen wird kaum infrage gestellt. Im Jahr 2025 stimmen 97.9 % dem zu. Auch eine Benachteiligung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe wird im Jahr 2025 von 94.7 % der Befragten abgelehnt. Dieser Wert ist zwar etwas geringer als noch 2021, liegt aber + 0.5 Prozentpunkte über dem Tiefststand des Jahres 2023. Die Bereitschaft, Ausländern gleiche Rechte bei der Vergabe von Wohnraum zuzubilligen (86.3 %) und Muslimen das Recht auf Religionsfreiheit einzuräumen (80.6 %), ist nicht nur im Vergleich zu 2021 signifikant gesunken, sondern erfährt auch aktuell die geringste Zustimmung. Gleichwohl liegt die Rate derer, die diese Rechte ablehnen, unter 20 %.

Die Ablehnung zentraler Merkmale der konstitutionellen Verfasstheit eines liberalen, demokratischen Rechtsstaates ist derjenige Aspekt der Demokratiedistanz mit der höchsten Prävalenzrate. Die mit Abstand höchste Rate (22.3 %) findet sich hier für die Aussage, dass ein Gericht Entscheidungen des Parlaments nicht aufheben dürfe. Das hier angesprochene Prinzip der Gewaltenteilung, die Kontrolle der Legislative durch die Judikative, wird insoweit von einem Fünftel abgelehnt. Ablehnende Aussagen zur regelmäßigen Durchführung von Wahlen (18.3 %) sowie zum Recht auf Opposition (17.5 %) finden demgegenüber eine etwas geringere Zustimmung. 16.4 % der Befragten sprechen sich schließlich für eine Reduzierung des Einflusses des Parlaments zugunsten der Exekutive in Form einer starken politischen Führung aus. Für alle vier Items ist der zeitliche Trend recht ähnlich: Nach einem sehr markanten Anstieg 2022 nimmt die Zustimmung zu diesen Aussagen – und damit die Ablehnung fundamentaler konstitutioneller Prinzipien unseres Staates – langsam wieder ab.

Zur Bildung einer alle drei Subdimensionen berücksichtigenden Skala „Demokratiedistanz“ wurden die Angaben zu den Subskalen „demokratische Freiheitsrechte“, „Gleichheitsrechte“ und „konstitutionelle Verfasstheit des Staates“ in Richtung auf Ablehnung codiert und für jede der drei Subdimensionen eine Mittelwertskala gebildet. Diese wurde sodann am numerischen Mittelpunkt der von 1 bis 4 reichenden Skala dichotomisiert. Personen, die in einer der drei Subskalen einen Mittelwert von > 2.5 aufweisen, werden als demokratiedistant eingestuft (vgl. Abbildung 6).

Im zeitlichen Verlauf zeigt sich, nach Anstiegen in den Jahren 2022 und 2023, ab 2024 ein leicht rückläufiger Trend. Im Jahr 2025 sind 14.4 % als demokratiedistant einzustufen. Im Vergleich zu 2021 besteht kein signifikanter Unterschied mehr.

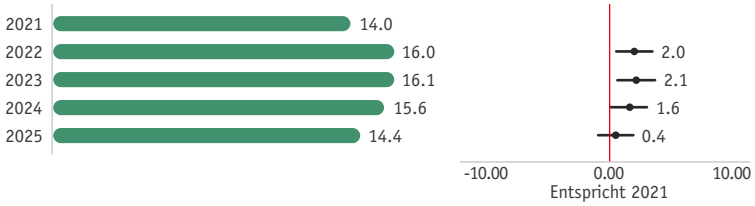


*Abbildung 6: Prävalenzraten der Demokratiedistanz nach Erhebungsjahr (links) und Veränderungen in Prozentpunkten im Vergleich zu 2021 (rechts) (MiD 2021–2025, gewichtete Daten)*

Im Trend ist der überwiegende Anteil des Anstiegs der demokratiedistanten Haltungen bis 2023 und ebenso deren anschließender Rückgang auf Veränderungen der Raten der Ablehnung konstitutioneller Prinzipien zurückzuführen und nicht auf negative Haltungen zu Freiheits- oder Gleichheitsrechten (vgl. Abbildung 7).

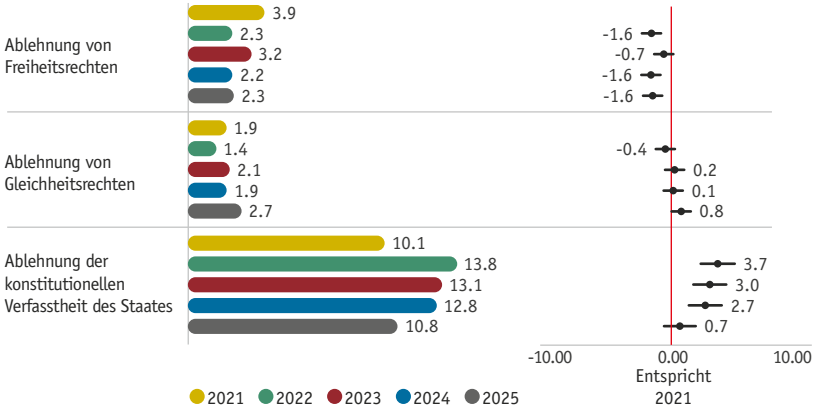


*Abbildung 7: Prävalenzraten der Demokratiedistanz-Subdimensionen nach Erhebungsjahr (links) und Veränderungen in Prozentpunkten im Vergleich 2021 (rechts) (MiD 2021–2025, gewichtete Daten)*

Nach einem relativ starken Anstieg im Jahr 2022 um + 3.7 Prozentpunkte ist die Ablehnung konstitutioneller Prinzipien seither rückläufig und unterscheidet sich 2025 nicht mehr signifikant von dem in 2021 etwas geringeren Wert (2021: 10.1 %). Freiheitsrechte werden 2025 nur von 2.3 % der Befragten abgelehnt. Dieser Wert liegt niedriger als 2021 (2021: 3.9 %). Nur bei der Ablehnung von Gleichheitsrechten zeigt sich eine leicht steigende Tendenz, allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau. Im Jahr 2025 lehnten 2.7 % der Befragten solche Rechte überwiegend ab. Damit ergibt sich 2025 für die Ablehnung der Gleichheitsrechte eine signifikante höherer Wert als 2021 (1.9 %).

Die Raten der Demokratiedistanz liegen bei Frauen in allen Jahren etwas über denen der Männer. 2021 betrug die Differenz aber nur 0.3 Prozentpunkte und war nicht signifikant. In den nachfolgenden Jahren vergrößerte sich der Unterschied etwas. Bei den Frauen stieg diese Rate bis 2024 auf 17.9 % und sank danach 2025 erstmals auf 15.7 %, während bei den Männern der höchste Wert im Jahr 2022 mit 14.5 % erreicht wurde und seither kontinuierlich abgenommen hat bis auf 13.2 % im Jahr 2025. Aktuell ist die Rate der Männer signifikant niedriger als die der Frauen (vgl. Abbildung 8, links).

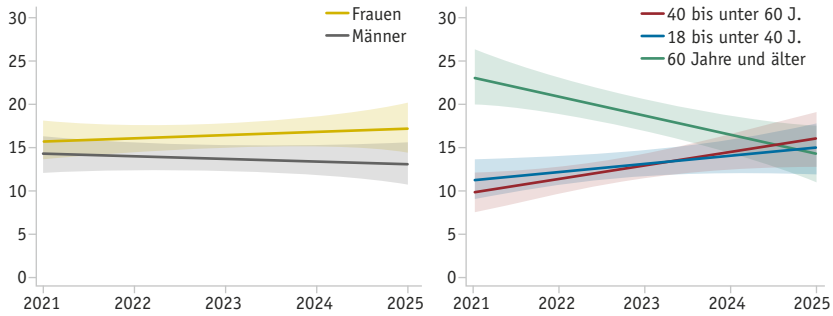


*Abbildung 8: Lineare Trends der Prävalenzraten demokratiedistanter Einstellungen nach Erhebungsjahr und Geschlecht (links) beziehungsweise Altersgruppen (rechts) (MiD 2021–2025, gewichtete Daten)*

Die Gesamtbetrachtung lässt allerdings eine für die Demokratieförderung und Prävention besonders relevante gegenläufige Entwicklung noch nicht erkennen. Mit Blick auf das Alter der Befragten zeigen sich nämlich ganz

deutlich divergierende Trends (vgl. Abbildung 8, rechts). Während zwischen 2021 und 2023 insbesondere die ab 60-Jährigen im Vergleich zu den anderen Altersgruppen durch etwa doppelt so hohe Raten demokratiedistanter Einstellungen auffielen, sank deren Rate danach besonders stark – seit 2021 um -8.5 Prozentpunkte. Sie liegt aktuell mit 13.1 % leicht – aber nicht signifikant – unter der Rate der 18- bis unter 40-Jährigen (14.6 %) und der Rate der 40- bis unter 60-Jährigen (15.2 %). Im gleichen Zeitraum nahmen aber demokratiedistante Einstellungen in den beiden jüngeren Altersgruppen deutlich zu: bei den 18- bis unter 40-Jährigen bis zum Jahr 2023 (Höchststand 15.6 %) und bei den 40- bis unter 60-Jährigen bis zum Jahr 2024, wo in dieser Altersgruppe der bisherige Höchststand von 16.1 % erreicht wurde. Insoweit überdeckt eine nicht nach Alter differenzierende Betrachtung erhebliche Unterschiede der Trends. Vor allem bei jüngeren Menschen findet sich eine zunehmende Distanz zu grundlegenden Prinzipien freiheitlich-demokratischer rechtsstaatlicher Strukturen in der Zeit von 2021 bis 2025.

*Für die Demokratiedistanz zeigt sich ferner auch der aus der Forschung bekannte Bildungseffekt in der vorliegenden Studie ganz deutlich. Im Jahr 2025 liegt die Rate der Demokratiedistanz bei Befragten mit niedriger Bildung bei 25.0 % und damit etwa das Fünffache höher als bei Befragten mit Abitur/Hochschulreife (5.2 %). Die diesbezügliche Rate liegt bei Befragten mit mittlerer Reife mit 15.7 % leicht über dem Durchschnitt. Diese Bildungsverteilung erweist sich über den gesamten Zeitraum – mit leichten Schwankungen – als relativ konstant.*

*Im Ost-West-Vergleich ergeben sich hingegen kaum Differenzen: Zwischen 2021 und 2023 zeigen sich leichte Zunahmen der Demokratiedistanz (West: von 13.9 % auf 15.7 %; Ost: von 14.4 % auf 18.0 %) und seitdem wiederum leichte Rückgänge (auf 14.2 % in Westdeutschland und auf 15.4 % im Osten der Republik). Die Raten der Demokratiedistanz unterscheiden sich 2025 nicht signifikant zwischen West und Ost.*

### *Phänomenspezifische Analyse I: Rechtsextreme Einstellungen*

Die Erfassung rechtsextremer Einstellungen rekurriert auf die sogenannte Konsensdefinition (vgl. Decker et al., 2010; siehe auch Decker et al., 2024, S. 33), nach der rechtsextreme Einstellungen als ein aus sechs Subdimensionen bestehendes Syndrom aufgefasst werden (Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Befürwortung rechtsautoritärer Diktatur und Verharmlosung des Nationalsozialismus), die sich den Bereichen des Ethnozentrismus und der Neo-NS-Ideologie zuordnen lassen (vgl. Decker et al., 2024). In den MiD-Erhebungen wurde als weitere siebte Subdimension Islamfeindlichkeit aufgenommen (vgl. Wetzels et al., 2022a). Den Befragten wurden zu jeder Subdimension eine beziehungsweise zwei Aussagen vorgelegt und das Ausmaß der Ablehnung oder Zustimmung erfasst (Tabelle 3).[10]

Der Aussage, wonach es zu viele Ausländer in Deutschland gebe, stimmten 2025 erstmals mehr als die Hälfte der Befragten (52.4 %) zu. Damit setzt sich ein seit 2022 beobachtbarer zunehmender Trend weiter fort. Seit 2021 (38.7 %) ist die Zustimmung zu dieser Aussage um + 13.7 Prozentpunkte gestiegen. Die Islamfeindlichkeit unterliegt deutlich stärkeren Schwankungen mit zwischenzeitlichen Zu- und Abnahmen. Die entsprechende Rate unterscheidet sich aktuell (32.3 %) nicht signifikant von 2021 (30.8 %).

Antisemitischen Aussagen wird im Vergleich dazu deutlich seltener zugestimmt, allerdings zeigen sich hier 2025 recht starke Zunahmen. So stimmen in der jüngsten Erhebung 15.7 % der Befragten der Aussage zu, Juden hätten in Deutschland zu viel Einfluss (2024: 12.5 %) und 7.2 % erklären, man könne Juden nicht trauen (2024: 5.8 %). Für die erste Aussage bedeutet dies einen Anstieg um + 6.9 Prozentpunkte seit 2021, für die zweite eine Zunahme um + 2.9 Prozentpunkte.

Die Subdimension Chauvinismus enthält zwei Items, denen in sehr unterschiedlichem Ausmaß zugestimmt wird. Der weicheren Aussage, wonach wir endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben sollten, stimmen 2025 fast zwei Drittel der Befragten zu (64.2 %). Dies entspricht

*10 Die Antwortkategorien reichen von 1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“. Die Werte 3 und 4 werden als Zustimmung gewertet.*

einer Steigerung um + 12.0 Prozentpunkte seit 2021 (52.2 %). Rückgänge zeigen sich hingegen in der Zustimmung zu der Aussage, die eine Überlegenheit des eigenen Volkes gegenüber anderen Völkern formuliert. Hier wird aktuell der niedrigste Wert seit 2021 gemessen (2021: 6.9 %, 2025: 5.6 %).

**Tabelle 3**

Einzelitems der Skala zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen:

| | MiD 2021 | MiD 2022 | MiD 2023 | MiD 2024 | MiD 2025 | p (sign.) 21 vs. 25 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Ausländerfeindlichkeit** | | | | | | |
| Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland. | 38.7 | 33.0 | 42.7 | 49.8 | 52.4 | *** |
| **Islamfeindlichkeit** | | | | | | |
| Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land. | 30.8 | 27.1 | 31.6 | 36.8 | 32.3 | n.s. |
| **Antisemitismus** | | | | | | |
| Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss. | 8.8 | 8.8 | 8.5 | 12.5 | 15.7 | *** |
| Juden kann man nicht trauen. | 4.3 | 4.3 | 4.6 | 5.8 | 7.2 | *** |
| **Chauvinismus** | | | | | | |
| Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben. | 52.2 | 62.4 | 61.7 | 61.0 | 64.2 | *** |
| Mein Volk ist anderen Völkern überlegen. | 6.9 | 7.8 | 7.9 | 5.9 | 5.6 | * |
| **Sozialdarwinismus** | | | | | | |
| Der Stärkere muss sich durchsetzen, sonst gibt es keinen Fortschritt. | 11.8 | 23.0 | 27.6 | 22.3 | 24.1 | *** |
| Es gibt wertvolles und unwertes menschliches Leben. | 13.7 | 15.6 | 14.2 | 12.5 | 12.2 | * |
| **Befürwortung rechtsautoritärer Diktatur** | | | | | | |
| Ein Staat sollte einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert. | 16.2 | 14.2 | 16.2 | 17.2 | 16.8 | n.s. |
| **Verharmlosung des Nationalsozialismus** | | | | | | |
| Vieles, was über die nationalsozialistischen Verbrechen gesagt wurde, ist übertrieben. | 9.3 | 8.5 | 7.7 | 9.3 | 9.9 | n.s. |

*Anmerkungen: Signifikanztest: # p <.10; * p<.05; ** p<.01; ***p<.001*

Die Zustimmung zu dem Statement, der Stärkere müsse sich durchsetzen, damit es Fortschritt gibt – das auf eine sozialdarwinistisch unterlegte Befürwortung von Ellenbogenmentalität sowie Konkurrenz ausgerichtet ist, hat sich seit 2021 (11.8 %) mehr als verdoppelt. Im Jahr 2025 stimmten dieser Aussage 24.7 % der Befragten zu. Der Anteil der Befragten, die der Aussage zustimmen, es gebe wertvolles und unwertes menschliches Leben, nimmt seit dem Höchststand von 15.6 % im Jahr 2022 ab, liegt aktuell aber immer noch bei 12.2 %, was den bisher niedrigsten Stand markiert.

Leichten Schwankungen (zwischen 14.2 % im Jahr 2022 und 17.2 % im Jahr 2024) unterliegt auch die Rate derer, die sich einen starken Führer wünschen. Aktuell wird dies von 16.8 % der Befragten befürwortet. Die Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus erreicht im Jahr 2025 den bisher höchsten Zuspruch (9.9 %).

Auf Basis dieser Angaben wurde eine Mittelwertskala gebildet, in welche die sieben Subdimensionen mit je gleichem Gewicht eingehen. Auf dieser Grundlage wurde ein dreistufiger kategorialer Indikator gebildet, der zwischen (a) einer Ablehnung rechter Einstellungen, (b) einer latent rechten Haltung, die Offenheit für rechtes Gedankengut indiziert sowie (c) manifesten rechtsextremen Einstellungen, die ein geschlossenes rechtes Weltbild umschreiben, differenziert (zu Einzelheiten der Bildung dieses Indikators und zur Vergleichbarkeit mit anderen Studien vgl. Wetzels et al. 2022b).[11]

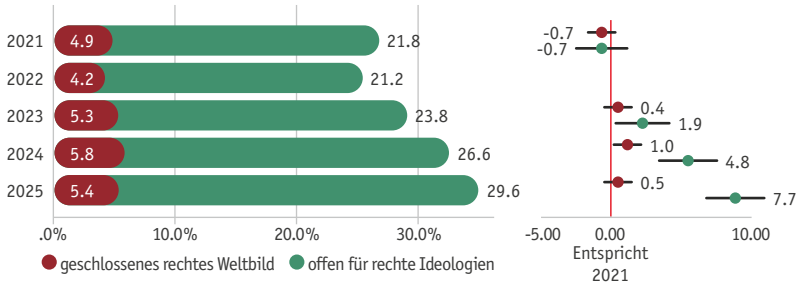


*Abbildung 9: Prävalenzraten rechtsextremer Einstellungen (manifest und latent) nach Erhebungsjahr (links) und Veränderungen in Prozentpunkten im Vergleich zu 2021 (rechts) (MiD 2021–2025, gewichtete Daten)*

11 *Befragte mit einem Mittelwert von maximal 2.0 wurden als rechtsextreme Einstellungen ablehnend, Befragte mit einem Mittelwert oberhalb von 2 bis maximal 2.8 als latent rechtextrem und Befragte mit einem Mittelwert über 2.8 als manifest rechtsextrem eingestuft.*

Manifest rechtsextreme Einstellungen finden sich aktuell bei 5.4 % der Befragten, was einen leichten, nicht signifikanten Rückgang im Vergleich zum Vorjahr bedeutet (-0.4 Prozentpunkte). Damit unterscheidet sich der Anteil der Befragten mit einem geschlossen rechten Weltbild im Jahr 2025 nicht mehr signifikant von dem des Jahres 2021 (4.9 %).

Deutlich höher – und im Vergleich zum letzten Jahr erneut gestiegen – ist der Anteil der Befragten, bei denen eine latente rechtsextreme Orientierung vorliegt, die insoweit also offen für rechtsextreme Ideologien sind. Diese Gruppe ist seit 2022 kontinuierlich angewachsen: von 21.2 % bis auf 29.6 % im Jahr 2025 (+ 8.4 Prozentpunkte).

Im Ergebnis ist damit der Anteil derer, die rechtsextreme Ideologien eindeutig ablehnen, von 73.3 % im Jahr 2021 auf 65.1 % im Jahr 2025 zurückgegangen. Das bedeutet, dass 2025 insgesamt etwas mehr als ein Drittel der Befragten (34.9 %) als mindestens offen für rechtsextremes Gedankengut zu bezeichnen sind, was ein erhebliches und zudem in jüngster Zeit gewachsenes Risikopotenzial umreißt und eine große Herausforderung für die Rechtsextremismusprävention markiert (vgl. dazu auch Reuband, 2023).

Für manifest rechtsextreme Einstellungen zeigen sich geschlechtsbezogen leicht unterschiedliche Entwicklungen: Bei Männern bleibt die Verbreitung manifest rechtsextremer Einstellungen von 2021 bis 2024 – mit zwischenzeitlichen Schwankungen – relativ konstant (2021: 5.6 %, 2022: 5.1 %, 2023: 5.0 %, 2024: 5.6 %). Aktuell findet sich dann ein recht deutlicher Rückgang auf 4.2 %, sodass sich insgesamt im Verlauf des gesamten Beobachtungszeitraumes eine leicht rückläufige Tendenz manifest rechter Einstellungen bei Männern ergibt. Bei Frauen hingegen nehmen solche Einstellungen nach einem zwischenzeitlichen Rückgang in Jahr 2022 seither zu (2021: 4.1 %, 2022: 3.2 %, 2023: 5.4 %, 2024: 5.7 %). Hier wird im Jahr 2025 der bisherige Höchststand von 6.5 % erreicht. Damit liegt die Rate manifest rechtsextremer Einstellungen bei Frauen im Jahr 2025 um 2.3 Prozentpunkte höher als bei Männern. Dieser Unterschied ist statistisch signifikant. Die Relationen des Ausmaßes rechtsextremer Einstellungen in Abhängigkeit vom Geschlecht haben sich im Verlauf der letzten 5 fünf Jahre also umgekehrt (vgl. Abbildung 10 links).

*In Bezug auf die gestiegenen Raten der latent rechtsextremen Einstellungen (hier nicht gesondert dargestellt), also der Offenheit gegenüber rechtsextremen Ideologieelementen, ist der zeitliche Trend bei Männern und Frauen ähnlich: In beiden Gruppen steigen diese Raten. Bei Männern ist in den letzten beiden Jahren der Anstieg deutlich stärker als bei Frauen. So waren 2021 zu Beginn der Erhebungen 22.1 % der Männer und 21.1 % der Frauen offen für rechtes Gedankengut, Im Jahr 2025 hingegen sind es 32.8 % der Männer und 26.3 % der Frauen, beide Gruppen unterscheiden sich nun also signifikant.*

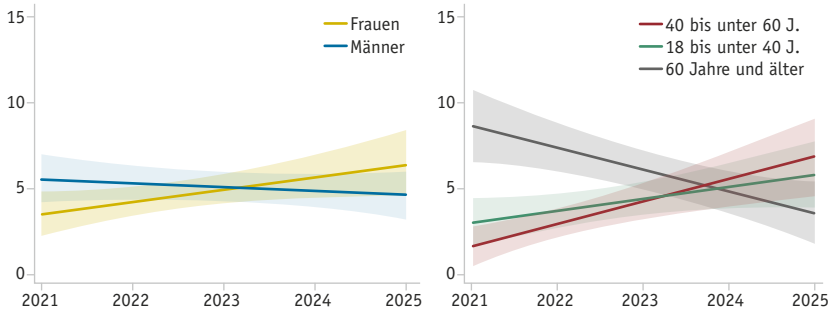


*Abbildung 10: Linearer Trend der Prävalenzraten rechtsextremer Einstellungen (manifest) nach Erhebungsjahr und Geschlecht (links) beziehungsweise Altersgruppe (rechts) (MiD 2021–2025, gewichtete Daten)*

Deutliche Divergenzen der zeitlichen Verläufe finden sich bei Betrachtung der verschiedenen Altersgruppen: Zu Beginn der MiD-Studien im Jahr 2021 zeichneten sich die älteren, ab 60-jährigen Befragten durch besonders hohe Anteile manifest rechter Einstellungen aus (18 bis unter 40 Jahre: 3.2 %, 40 bis u. 60 Jahre: 1.8 %, 60 Jahre und älter: 9.5 %). Seither nimmt diese Rate bei den ab 60-Jährigen jedoch stetig ab (um -6.4 Prozentpunkte auf 3.1 % im Jahr 2025), während sie in beiden jüngeren Altersgruppen zunimmt (18 bis unter 40 Jahre: um + 2.5 Prozentpunkte auf 5.7 %), in der mittleren Altersgruppe der 40- bis unter 60-Jährigen zum Teil sogar sehr massiv (um + 5.3 Prozentpunkte auf 7.1 %). Im Jahr 2025 finden sich infolgedessen keine signifikanten Unterschiede der Raten manifest rechter Einstellungen zwischen den beiden jüngeren Altersgruppen mehr; beide liegen aktuell, aufgrund der gegenläufigen Trends bei älteren und jüngeren Befragten, nun signifikant über der Rate der ab 60-Jährigen (vgl. Abbildung 10 rechts).

*Im Hinblick auf latente rechtsextreme Einstellungen (hier nicht gesondert dargestellt) fand sich in den Jahren von 2021 bis 2024 jeweils ein klarer Alterseffekt: Je jünger die Befragten, desto geringer die entsprechenden Anteile. Durch unterschiedlich starke Zunahmen in den einzelnen Altersgruppen (18 bis unter 40 Jahre: + 10.8 Prozentpunkte, 40 bis unter 60 Jahre: + 9.0 Prozentpunkte, 60 Jahre und älter: + 4.5 Prozentpunkte) näherten sich die Raten der Altersgruppen im Jahr 2025 hier aber gleichfalls einander an. Die jüngste Altersgruppe weist zwar mit 27.3 % immer noch die geringste Rate latent rechtsextremer Einstellungen auf. Sie unterscheidet sich aber nur noch auf einem zehnprozentigen Signifikanzniveau von den 40- bis unter 60-Jährigen (30.4 %), und nur knapp signifikant von den über 60-Jährigen, von denen 31.2 % als offen gegenüber rechten Ideologien einzustufen sind.*

Das Bildungsniveau der Befragten hat in allen Erhebungsjahren gleichbleibend starke Effekte auf die Verbreitung manifest rechtextremer Einstellungen. Je höher die Bildungsabschlüsse, desto geringer die Raten manifest rechtsextremer Einstellungen. Bei Befragten, die maximal einen Hauptschulabschluss erreicht haben, beträgt im Jahr 2025 diese Rate 11.1 %. Unter den Befragten mit mittlerer Reife finden sich aktuell 4.3 % und bei Personen mit Abitur 1.4 % mit manifest rechtsextremen Einstellungen.

*Dieser Bildungseffekt zeigt sich auch für latent rechtsextreme Einstellungen. Hier stiegen die Raten bei Befragten mit niedrigem Bildungsniveau – nach einem kurzzeitigen Rückgang im Jahr 2022 – von 32.7 % im Jahr 2021 auf 44.3 % im Jahr 2025. Befragte mit mittlerer Reife zeigen eine kontinuierliche Zunahme solcher Einstellungen von 24.7 % (2021) auf 35.2 % (2025). Bei Befragten mit Abitur ist gleichfalls ein Anstieg von 9.8 % im Jahr 2021 auf 15.7 % im Jahr 2024 zu erkennen, danach dann aber ein leichter Rückgang auf 14.8 %.*

Im Ost-West-Vergleich finden sich zudem auch gegenläufige Trends. In Westdeutschland wiesen zwischen 2021 und 2023 4.0 % beziehungsweise 4.1 % manifest rechtsextreme Einstellungen auf. In den letzten beiden Jahren lag diese Rate hingegen etwas höher bei konstant 5.2 %. In den östlichen Bundesländern (inklusive Berlin) war zu Beginn der Erhebungen eine höhere Rate manifest rechtsextremer Einstellungen zu verzeichnen

(2021: 7.9 %), die nach einem Rückgang in 2022 (5.2 %) im Jahr 2023 auf 10.3 % stieg. Seither sank der Anteil von Befragten mit einem geschlossen rechten Weltbild in den östlichen Bundesländern wieder über 8.8 % im Jahr 2024 auf aktuell 6.1 % im Jahr 2025. Damit unterscheiden sich West und Ost in dieser Hinsicht aktuell nicht mehr.

*Auch die Entwicklung latent rechtsextremer Einstellungen verlief in Ost und West unterschiedlich. In Ostdeutschland sank die Rate derer, die offen für rechte Ideologien sind zunächst von 27.7 % im Jahr 2021 auf 25.5 % in den folgenden zwei Jahren, stieg dann jedoch wieder auf 31.5 % im Jahr 2024 beziehungsweise 31.7 % in der aktuellen Erhebung an. In Westdeutschland liegen die entsprechenden Raten zwar in allen Jahren unter denen in Ostdeutschland. Allerdings führt hier ein kontinuierlicher Anstieg von 2021 (20.4 %) bis auf 29.1 % im Jahr 2025 dazu, dass sich nun auch die Anteile latent rechtextremer Einstellungen zwischen Ost (31.7 %) und West (29.1 %) nicht mehr signifikant unterscheiden.*

### *Phänomenspezifische Analyse II: Islamismusaffine Einstellungen*

Islamismusaffine Einstellungen sind nach der hier zugrunde gelegten Definition (vgl. Brettfeld et al., 2021a; Wetzels et al., 2022b) durch drei zentrale Aspekte gekennzeichnet: 1. Bereitschaft, religiöse Regeln des Islam zur Grundlage der politischen Verfasstheit des Staates zu machen beziehungsweise die Befürwortung einer solchen politischen Ordnung; 2. Generalisierte Abwertung anderer, nicht islamischer Religionen und Gesellschaften; 3. Pauschal übersteigerte Aufwertung des Islam. Islamismusaffine Einstellungen wurden in der MiD-Studie nur bei Personen erhoben, die sich nach ihren eigenen Angaben dem Islam zuordnen (Religionszugehörigkeit). Diesen wurden acht Items vorgelegt, die Aspekte des Islamismus im Sinne der drei genannten Subdimensionen thematisieren. Zu all diesen Aussagen wurde der Grad der Zustimmung beziehungsweise Ablehnung erhoben.[12]

12 *Die Antwortkategorien reichen von 1 = „stimme gar nicht zu“ bis 4 = „stimme völlig zu“. Die Werte 3 und 4 werden als Zustimmung gewertet.*

2025 hielten 23.8 % einen islamischen Gottesstaat für die beste Staatsform. Das sind + 5.1 Prozentpunkte mehr als zu Beginn der Erhebungen, liegt aber unter dem Höchststand des Jahres 2023 (24.8 %) (vgl. Tabelle 4).

**Tabelle 4**

Einzelitems der Skala zur Erfassung islamismusaffiner Einstellungen: Zustimmung in % (MiD 2021–2025, nur muslimische Befragte, gewichtete Daten)

| | MiD 2021 | MiD 2022 | MiD 2023 | MiD 2024 | MiD 2025 | p (sign.) 21 vs. 25 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Verhältnis Religion – Politik** | | | | | | |
| Ein islamischer Gottesstaat ist die beste Staatsform. | 18.7 | 17.5 | 24.8 | 21.5 | 23.8 | *** |
| Die Regeln des Korans sind mir wichtiger als die Gesetze in Deutschland. | 26.1 | 24.1 | 31.6 | 31.9 | 25.1 | n.s. |
| Die deutsche Gesellschaft sollte stärker nach islamischen Regeln gestaltet werden. | 14.5 | 12.9 | 19.0 | 13.5 | 9.8 | *** |
| Einen religiösen Führer, der von einem Rat unterstützt wird, finde ich besser als das demokratische System in Deutschland. | 8.8 | 8.7 | 11.9 | 9.4 | 8.5 | n.s. |
| **Abwertung anderer Religionen und Gesellschaften** | | | | | | |
| In Deutschland kann man deutlich sehen, dass die christlichen Religionen nicht in der Lage sind, die Moral zu sichern. | 23.2 | 23.9 | 31.9 | 26.5 | 27.7 | ** |
| Die Sexualmoral der westlichen Gesellschaften ist völlig verkommen. | 30.8 | 35.5 | 45.2 | 43.4 | 44.8 | *** |
| Juden kann man nicht trauen. | 12.6 | 17.2 | 18.6 | 24.3 | 28.6 | *** |
| **Aufwertung des Islam** | | | | | | |
| Nur der Islam ist in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen. | 31.7 | 36.7 | 44.9 | 40.0 | 44.3 | *** |

*Anmerkungen: Signifikanztest: # p <.10; * p<.05; ** p<.01; ***p<.001*

Dass die Regeln des Koran wichtiger als die Gesetze in Deutschland seien, bejaht 2025 ein Viertel (25.1 %). Ein signifikanter Unterschied zu 2021 besteht nicht. Allerdings finden sich nach einem Anstieg in 2023/24 wieder deutliche Rückgänge um etwa -6.5 bis -6.8 Prozentpunkte. Ein ähnlicher Verlauf zeigt sich für die letzten beiden Aussagen, die das Verhältnis zwischen Politik und Religion beschreiben: Die Forderung, die deutsche Gesellschaft sollte stärker nach islamischen Regeln gestaltet werden, erfuhr von 2021 bis 2023 zunächst eine wachsende Zustimmung (+ 4.5 Prozentpunkte). Diese sank in den Folgejahren jedoch stark und liegt 2025 bei

9.8 % und damit -9.2 Prozentpunkte unter dem Wert des Jahrs 2023 und auch signifikant unter der entsprechenden Rate des Jahres 2021. Ferner geben aktuell 8.5 % der befragten Muslime einem religiösen Führer den Vorzug vor dem demokratischen System in Deutschland. Dieser Wert liegt knapp unter dem des Jahres 2021 mit 8.8 %.

Haltungen im Sinne einer pauschalen Abwertung der Moral westlicher Gesellschaften oder der christlichen Religion sind unter den muslimischen Befragten recht weit verbreitet: So stimmen 27.7 % im Jahr 2025 der Aussage zu, dass christliche Religionen nicht in der Lage seien, die Moral zu sichern (+ 4.5 Prozentpunkte mehr als 2021) und 44.8 % halten die Sexualmoral westlicher Gesellschaften für völlig verkommen (+ 14.0 Prozentpunkte gegenüber 2021). Die Zustimmung zu der Aussage, man könne Juden nicht trauen, hat sich seit 2021 (12.6 %) mehr als verdoppelt und liegt 2025 bei 28.6 % (+ 16.0 Prozentpunkte).

Sehr hohe Zustimmung (44.3 %) findet die Ansicht, nur der Islam sei in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen. Diese pauschale Aufwertung des Islam wird über alle Jahre hinweg von ähnlich vielen Muslimen geteilt. Veränderungen zeigen sich kaum.

Mit diesen acht Items wurde zunächst eine Mittelwertskala gebildet. Darauf gestützt wurde ein dreistufiger Indikator konstruiert, der neben der Ablehnung islamismusaffiner Haltungen das Vorliegen latenter sowie manifester islamismusaffiner Einstellungen abbildet (zur Bildung dieses Indikators vgl. Wetzels et al., 2022b).[13]

Manifest islamismusaffine Einstellungen finden sich 2025 bei 10.0 % der befragten Muslime. Seit 2023 – damals lag diese Rate bei 15.1 % – ist ein deutlicher Rückgang festzustellen. Die Raten aus 2025 und 2021 (9.8 %) unterscheiden sich nicht signifikant. Deutlich höher ist hingegen der Anteil jener Muslime, die offen für islamistisches Gedankengut sind, ohne manifest islamismusaffin zu sein. Hier finden sich seit 2021 kontinuierliche Zuwächse (2021: 20.0 %, 2023: 27.1 %, 2025: 30.0 %).

13 *Befragte mit einem Mittelwert von maximal 2.0 wurden als islamistische Einstellungen ablehnend, Befragte mit einem Mittelwert oberhalb von 2 bis maximal 2.8 als latent islamistisch und Befragte mit einem Mittelwert über 2.8 als manifest islamistisch eingestuft*

Die Gruppe der muslimischen Befragten, die islamismusaffine Einstellungen klar zurückweist, ist seit 2021 insgesamt um -9.3 Prozentpunkte von 70.7 % im Jahr 2021 auf 60.0 % im Jahr 2025 gesunken. Gleichwohl ist dies immer noch die Mehrheit der in Deutschland lebenden Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit.

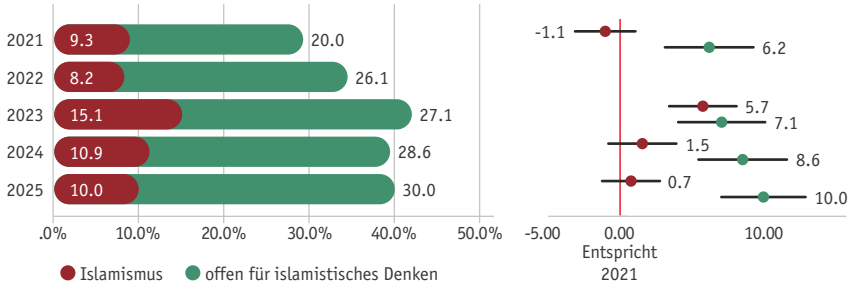


*Abbildung 11: Prävalenzraten islamismusaffiner Einstellungen (manifest und latent) nach Erhebungsjahr (links) und Veränderungen in Prozentpunkten im Vergleich zu 2021 (rechts) (MiD 2021–2025, nur muslimische Befragte, gewichtete Daten)*

Bei den muslimischen Männern und Frauen zeigen sich über die Jahre zwar leicht schwankende Zu- und Abnahmen manifest islamismusaffiner Einstellungen. Insgesamt ist der langfristige Trend bei Männern und Frauen jedoch gleich. So unterschieden sich die Raten manifester Einstellungen im Jahr 2021 bei muslimischen Männern (8.5 %) und Frauen (10.2 %) nicht signifikant. Das ist auch aktuell so (2025: Männer: 9.8 %, Frauen: 10.3 %) (vgl. Abbildung 12 links).

> *Auch der Trend der Entwicklung der Raten derer, die offen für islamistisches Gedankengut sind (hier nicht gesondert grafisch dargestellt), ist bei Männern und Frauen ähnlich. Bei beiden Geschlechtern finden sich seit 2021 Zunahmen, die bei den Männern + 9.4 Prozentpunkte (von 22.7 % auf 32.1 %) und bei den Frauen + 10.5 Prozentpunkte betragen (von 16.6 % auf 27.1 %). Im Jahr 2025 weisen die Männer damit – ebenso wie in 2021 – eine signifikant höhere Rate latent islamismusaffiner Einstellungen auf als Frauen.*

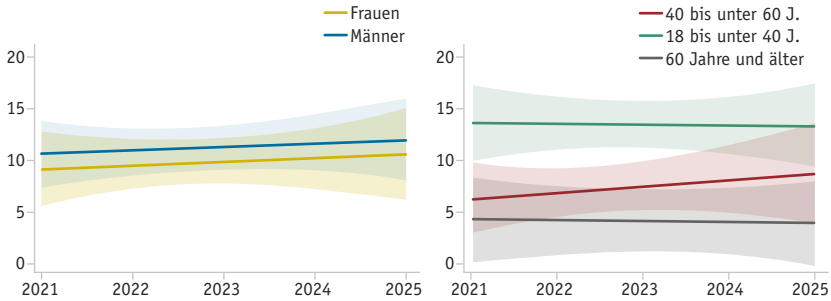


*Abbildung 12: Linearer Trend der Prävalenzraten islamismusaffiner Einstellungen (manifest) nach Erhebungsjahr und Geschlecht (links) beziehungsweise Altersgruppe (rechts) (MiD 2021–2025, nur muslimische Befragte, gewichtete Daten)*

Der beobachtete zwischenzeitliche Anstieg manifest islamismusaffiner Einstellungen findet sich in allen drei Altersgruppen, ebenso das nachfolgende Absinken dieser Raten. Infolgedessen zeigt sich bei Betrachtung eines linearen Trends hier keine relevante Veränderung in Bezug auf den Gesamtzeitraum.

Es fällt allerdings auf, dass über den gesamten Beobachtungszeitraum junge Muslime unter 40 Jahren generell die höchsten Raten manifester islamismusaffiner Einstellungen aufweisen. Im Jahr 2025 betrifft das 11.5 % dieser Altersgruppe. Demgegenüber sind die 40- bis unter 60-Jährigen durchgehend geringer belastet (8.8 % im Jahr 2025). Die ab 60-jährigen weisen in allen Jahren stets die geringsten Raten auf.

Betrachtet man die latent islamismusaffinen Einstellungen, die über die Zeit einen klar steigenden Trend zeigen, finden sich mit Blick auf die Altersgruppen erneut bemerkenswert unterschiedliche Trends: Bei den 18- bis unter 40-Jährigen zeigt sich eine kontinuierliche Zunahme um + 10.3 Prozentpunkte (von 22.3 % im Jahr 2021 auf 33.6 % im Jahr 2025). In der Altersgruppe der 40- bis unter 60-Jährigen ist die niedrigste Rate mit 17.2 % ebenfalls im Jahr 2021 zu finden. Nach einer starken Zunahme im Jahr 2022 (27.9 %) bleibt der Anteil latent islamismusaffin Eingestellter in dieser Altersgruppe aber mit kleinen Schwankungen relativ konstant und liegt im Jahr 2025 bei 26.4 %, also deutlich unter dem der jüngeren. Bei den älteren Muslimen zeigt sich von 15.8 % im Jahr 2021 ein Anstieg auf

26.1 % bis zum Jahr 2023 sowie ein anschließenden deutlicher Rückgang um -16.3 Prozentpunkte auf 9.8 % im Jahr 2025. Damit ist auch hier festzuhalten, dass auffällige Zunahmen vor allem im jüngeren Alterssegment zu lokalisieren sind.

*Eindeutige Bildungseffekte, wie sie sich für rechtsextreme Einstellungen oder Demokratiedistanz nachweisen lassen, sind für islamismusaffine Einstellungen nicht zu erkennen. Mit Blick auf die manifesten islamismusaffinen Einstellungen zeigen sich für gut gebildete muslimische Befragte im Verlauf der letzten fünf Jahre keine relevanten Veränderungen. Aktuell liegt die Rate manifest islamismusaffin Eingestellter bei Befragten mit Abitur bei 9.2 %. Bei Befragten mit mittlerer Reife (2025: 15.2 %) und jenen, die maximal einen Hauptschulabschluss erreicht haben (2025: 9.7 %) finden sich in den vergangenen fünf Jahren recht unterschiedliche Schwankungen; im Jahr 2025 ist die Differenz der Raten manifest islamismusaffin Eingestellter jedoch signifikant, das heißt, im Falle eines mittleren Bildungsniveaus sind diese Raten erhöht.*

*Der Anteil muslimischer Befragter mit latent islamismusaffinen Einstellungen hat sich in allen drei Bildungsgruppen erhöht. Bei Befragten auf niedrigem Bildungsniveau vollzog sich dieser Anstieg insbesondere im Jahr 2022 (2021: 19.9 %, 2022: 29.8 %). Seither ist diese Rate relativ konstant und liegt 2025 bei 30.4 %. Bei Befragten mit mittlerer Reife zeigte sich hingegen im Jahre 2022 zunächst eine leichte Abnahme (2021: 26.5 %, 2022: 21.7 %), seither jedoch ein kontinuierlicher Anstieg bis auf 36.4 % im Jahr 2025. Bei Befragten mit Abitur ist ebenfalls eine Zunahme latent islamismusaffiner Einstellungen zu beobachten (von 2021: 15.5 % auf 28.9 % im Jahr 2024). Aktuell ist diese Rate jedoch wieder leicht auf 25.7 % gesunken. Der Unterschied zwischen Befragten mit Abitur und mit mittlerer Reife ist im Jahr 2025 signifikant.*

## Intoleranz gegenüber Minderheiten: Verbreitung und Trends tradierter Formen antisemitischer Einstellungen

Klassische Formen antisemitischer Einstellungen – das heißt soziale Vorurteile in Form feindseliger, pauschal abwertender Haltungen gegenüber Menschen jüdischen Glaubens – sind eine der Formen intoleranter Einstellungen (Beyer, 2024), die auch zum übergreifenden Syndrom der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gehören (Mokros & Zick, 2023). Anders als andere zu diesem Syndrom gehörende Haltungen gegenüber Minderheiten zeichnet sich der tradierte Antisemitismus allerdings durch eine spezifische Kombination abwertender Vorurteile mit gleichzeitiger Zuschreibung einer übermäßigen Machtfülle aus, die mit bösen, schädigenden Absichten verbunden wird (vgl. Imhoff, 2020 s. a. Fischer & Wetzels 2023).

Diese Form der Intoleranz wird aktuell in Forschung, Politik und Praxis besonders intensiv debattiert. Seit dem Überfall der Hamas auf Israel und dem Ausbruch des Gaza-Krieges am 7. Oktober 2023 ist in Deutschland – neben einer deutlichen Kritik an der Politik der israelischen Regierung in diesem Konflikt seitens der Bevölkerung in Deutschland (vgl. dazu jüngst auch Endtricht & Wetzels, 2025) – vor allem die Verbreitung und Entwicklung tradierter, klassische Formen antisemitischer Einstellungen vermehrt in den Blick geraten (vgl. Wetzels et al., 2025b; Zick et al., 2025; Kleinschnittger et al., 2025; Fischer & Wetzels, 2024; Öztürk & Pickel, 2024, Demmrich et al., 2025).

In der Praxis, auf Ebene der Polizei sowie bei Beratungsstellen, hat es in jüngster Zeit vermehrte Registrierungen antisemitischer Vorfälle gegeben, wobei unklar ist, ob diese auch ein Pendant auf Ebene der Entwicklungen von Einstellungen haben (vgl. dazu Reuband, 2025). Längerfristig angelegte Studien zeigen in Bezug auf einen Zeitraum von 20 oder mehr Jahren eher Rückgänge klassischer antisemitischer Vorurteile. In Studien mit Bezug zu aktuellen Entwicklungen sind jedoch kurzfristig zum Teil starke Zuwächse zu verzeichnen. Die dabei gemessenen Raten antisemitischer Vorurteile liegen aber auch dort unter den Niveaus, die vor Jahrzehnten noch erreicht wurden (vgl. Reuband, 2025). Gleichzeitig kam es im Gefolge des Gaza-Krieges auch zu Gewaltvorfällen und Anschlägen, die erhebliche Ausstrahlungswirkungen hatten, was diese Thematik besonders sensibel

macht (vgl. dazu Richter et al. 2021; Demmrich et al. 2025). Angesichts der besonderen politischen und praktischen Relevanz wird dieses spezielle Thema hier gleichfalls aufgegriffen.

*Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Gesamtbevölkerung*

Seit Beginn der MiD-Studie im Jahr 2021 wurden unter Verwendung von zwei in der Forschung oftmals genutzten Items antisemitische Vorurteile, die dem Bereich des klassischen beziehungsweise tradierten Antisemitismus zuzurechnen sind, in allen fünf Wellen in gleicher Weise erfasst. Es handelt sich um die Items *„Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“* und *„Juden kann man nicht trauen“*. Diese betreffen auch eine Subdimension der Konsensdefinition rechtsextremer Einstellungen. Die Verteilungen der Angaben zu den Einzelitems für die Jahre 2021 bis 2025 wurden bereits oben dargestellt (s. o. Tabelle 3).

Für beide Aussagen sind, nach einer relativ stabilen Phase zwischen 2021 und 2023, seit 2024 starke Zunahmen der Zustimmungsraten festzustellen. So stieg die Zustimmung zur ersten Aussage „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“ seit 2023 von 8.5 % auf 15.7 % im Jahr 2025, was eine Steigerung um + 7.2 Prozentpunkte und damit eine Verdopplung bedeutet. Die Befürwortung der zweiten Aussage, wonach man Juden nicht trauen könne, fällt zwar 2025 mit 7.2 % deutlich geringer aus. Sie hat jedoch von 4.3 % im Jahr 2021 ausgehend gleichfalls einen deutlichen relativen Anstieg um mehr als die Hälfte erfahren (absolut um + 2.9 Prozentpunkte).

Unter Verwendung diese beiden Items wurde eine Mittelwertskala gebildet. Diese wurde sodann, in gleicher Weise, wie das für die Skalen zu rechtsextremen und islamistischen Einstellungen praktiziert wurde, in einen dreistufigen kategorialen Indikator überführt, um die Raten latenter und manifester antisemitischer Einstellungen zu bestimmen. Im Zeitverlauf zeigen sich klare Entwicklungen (vgl. Abbildung 13).

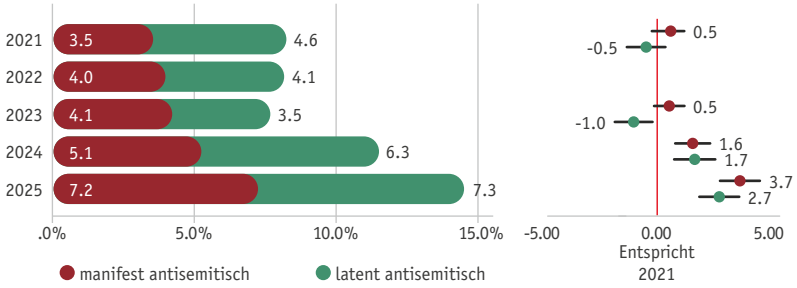


*Abbildung 13: Prävalenzraten antisemitischer Einstellungen (manifest und latent) nach Erhebungsjahr und Veränderungen in Prozentpunkten im Vergleich zu 2021 (MiD 2021–2025, gewichtete Daten)*

So wiesen 3.5 % der Befragten im Jahr 2021 manifeste und weitere 4.6 % latente antisemitische Einstellungen auf. Bis 2023 erhöhte sich die Rate manifester antisemitischer Einstellungen auf 4.1 % während der Anteil von Befragten mit latenten antisemitischen Haltungen etwas zurückging (auf 3.5 %).

Seit 2023 sind deutliche Anstiege zu erkennen: Die Rate manifest antisemitisch eingestellter Befragter stieg von 2023 bis 2025 um + 3.1 Prozentpunkte auf 7.2 % (insgesamt stieg sie seit 2021 um + 3.7 Prozentpunkte, was etwas mehr als eine Verdopplung ist). Die Rate der darüber hinaus identifizierbaren latent antisemitischen Personen nahm von 3.5 % im Jahr 2023 um + 3.8 Prozentpunkte auf 7.3 % im Jahr 2025 zu. Sie hat sich damit in den letzten beiden Jahren mehr als verdoppelt.

Solche Zuwächse tradierter antisemitischer Einstellungen finden sich bei Männern und Frauen in ähnlicher Weise. Bei Frauen stiegen die Raten manifest antisemitischer Einstellungen von 3.1 % im Jahr 2021 auf 7.6 % im Jahr 2025. Bei Männern findet sich eine Zunahme von 3.9 % auf 6.7 %. Trotz der etwas geringeren Anstiege bei den Männern unterscheiden sich Männer und Frauen weder im Jahr 2021 noch aktuell signifikant (vgl. Abbildung 14, links).

> *Dies gilt in ähnlicher Weise auch für die Rate der latent antisemitisch Eingestellten (hier nicht gesondert grafisch dargestellt). Bei Frauen kam es im Jahr 2022 zu einem leichten Rückgang (von*

*4.2 % auf 2.7 %), seither zeigt sich jedoch ein kontinuierlicher Anstieg auf aktuell 7.9 %. Bei Männern schwankt die Rate latenter antisemitischer Einstellungen etwas stärker. Beginnend bei 4.5 % im Jahr 2021 wird der Höchststand hier 2024 mit 6.8 % erreicht. 2025 zeigt sich ein geringer Rückgang auf 6.6 %. Signifikante Unterschiede zwischen Männern und Frauen bestehen jedoch weder 2021 noch im Jahr 2025.*

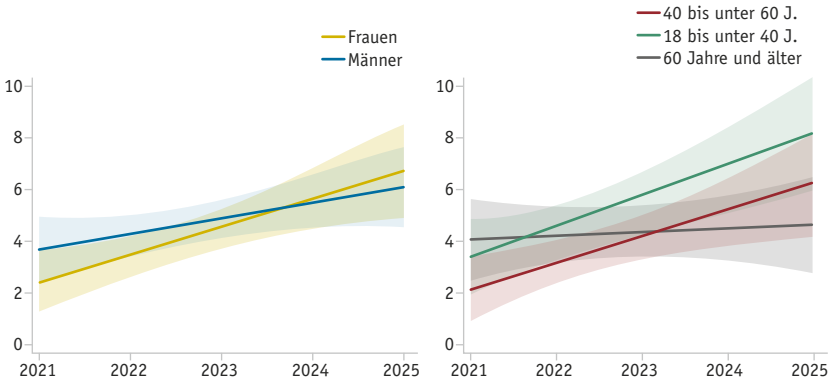


*Abbildung 14: Linearer Trend der Prävalenzraten antisemitischer Einstellungen (manifest) nach Erhebungsjahr und Geschlecht (links) beziehungsweise nach Altersgruppen (rechts) (MiD 2021–2025, gewichtete Daten)*

Auch im Hinblick auf antisemitische Einstellungen finden sich sehr bedeutsame, divergierende Trends nach Altersgruppen. Signifikante Zunahmen manifest antisemitischer Einstellungen sind nur in den beiden jüngeren Altersgruppen nachweisbar (vgl. Abbildung 14, rechts). Bei den 18- bis unter 40-Jährigen ist eine Zunahme nachweisbar, von 3.8 % im Jahr 2021 auf 9.5 % im Jahr 2025 (+ 5.7 Prozentpunkte). Diese jüngste Altersgruppe ist aktuell auch die am höchsten belastete. In der mittleren Altersgruppe der 40- bis unter 60-Jährigen finden sich zwar ebenfalls Zuwächse (von 2.3 % auf 7.3 %), diese fallen jedoch etwas geringer aus (+ 5.0 Prozentpunkte). 2025 unterscheidet sich die Rate manifest antisemitisch Eingestellter in der mittleren Altersgruppe signifikant von den 18- bis unter 40-Jährigen.

Ein gänzlich anderer Trend zeigt sich für ältere Befragte ab 60 Jahre: Nach einer zwischenzeitlichen Zunahme von 4.4 % (2021) auf 6.0 % im Jahr 2024, findet sich in dieser Gruppe aktuell wieder ein Rückgang manifest antisemitischer Haltungen auf 4.1 %, was unterhalb des Wertes aus dem Jahr 2021 liegt und zudem nun auch signifikant geringer als in den beiden jüngeren Altersgruppen ist.

> *Dies ist in Bezug auf die Offenheit gegenüber antisemitischen Vorurteilen etwas anders. Hier findet sich zum einen ein Alterseffekt: Je älter die Befragten, desto höher das Ausmaß latent antisemitischer Einstellungen. Allerdings sind die Unterschiede nicht groß. Im Jahr 2021 waren 3.5 % der 18- bis unter 40-Jährigen, 4.2 % der 40- bis unter 60-Jährigen und 5.7 % der Befragten mit 60 Jahren und älter latent antisemitisch eingestellt. Im Jahr 2025 liegen die Vergleichsraten bei 6.3 %, 7.6 % und 8.1 %. Damit ist der in 2021 signifikante Unterschied zwischen jungen und älteren Befragten aktuell geringer und nur auf dem 10- %-Niveau signifikant.*

Auch mit Blick auf den Bildungsstand lassen sich unterschiedliche Entwicklungen erkennen. Personen mit Hochschulreife/Abitur weisen nicht nur die geringsten Raten manifest antisemitischer Einstellungen auf (1.7 % im Jahr 2021 und 2.5 % im Jahr 2025). Die leichte Erhöhung in 2025 ist bei ihnen zudem nur auf dem 10- %-Niveau tendenziell noch signifikant. Bei Befragten mit mittlerer Reife steigt die Rate hingegen signifikant von 2.6 % (2021) auf 6.7 % (2025) und bei Befragten, die höchstens einen Hauptschulabschluss erreicht haben ebenfalls signifikant von 6.3 % im Jahr 2021 auf 13.8 % im Jahr 2025. Insoweit ergibt sich sowohl im Querschnitt als auch im Trend ein klarer Bildungseffekt.

> *Ein solcher findet sich auch für latent antisemitische Haltungen. Allerdings sind hier deutlichere Schwankungen zu beobachten. Bei Befragten mit niedrigem Bildungsniveau nimmt der Anteil latent antisemitischer Einstellungen zwischen 2021 und 2023 zunächst recht deutlich ab (von 7.6 % auf 4.5 %), steigt aber anschließend auf 9.7 % (2024) und 11.6 % (2025). Ein solcher anfänglicher Rückgang zeigt sich auch bei Befragten mit mittlerer Reife (von 4.6 % auf 3.6 %), erneut gefolgt von einer Zunahme auf aktuell 8.9 %. Bei*

*Teilnehmenden mit Abitur steigt der Anteil hingegen zwischen 2021 (1.5 %) und 2024 (3.3 %) an, geht aber 2025 auf 3.1 % zurück.*

Eine Erhöhung manifest antisemitischer Vorurteile im hier betrachteten Zeitraum ist sowohl im Westen (von 3.4 % auf 6.6 %) als auch im Osten der Republik (von 4.2 % auf 9.6 %) nachweisbar. Der Anstieg fällt in den östlichen Bundesländern jedoch absolut wie relativ höher aus, mit der Folge, dass die Differenz zwischen beiden Regionen nunmehr auch statistisch signifikant ist.

*Der Anteil latent antisemitisch eingestellter Personen lag zwischen 2021 und 2024 in den östlichen Bundesländern immer leicht über dem der westlichen Bundesländer (2021: 5.2 % zu 4.4 %, 2022: 4.4 % zu 4.0 %, 2023: 4.0 % zu 3.4 %, 2024: 7.7 % zu 5.9 %). 2025 verhält es sich jedoch umgekehrt. Im Osten der Republik ist die Rate latent antisemitisch Eingestellter mit 5.5 % nun signifikant geringer als im Westen (7.7 %).*

### *Zur Bedeutung von Migrationshintergrund und Religionszugehörigkeit*

In der jüngeren Vergangenheit haben mehrere Studien zeigen können, dass Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit deutlich erhöhte Raten tradierter Formen antisemitischer Einstellungen erkennen lassen (vgl. Öztürk & Pickel, 2024; Fischer & Wetzels, 2024, 2023). Dies bestätigen auch die Ergebnisse der MiD-Erhebungen 2025. Es finden sich hier erhebliche Unterschiede der Prävalenzraten tradierter antisemitischer Einstellungen zwischen Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit und solchen, die nicht dem Islam angehören.

Gleichzeitig ist aber zu berücksichtigen, dass die weit überwiegende Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime auch einen Migrationshintergrund (MHG) aufweist.[14] Daher wurden für die nachfolgenden Analysen drei Vergleichsgruppen gebildet: (1) Befragte ohne muslimische Religionszugehörigkeit, die zugleich keinen Migrationshintergrund aufweisen;

14 *Über alle fünf Jahre hinweg weisen nur 43 der befragten Muslime keinen Migrationshintergrund auf. Diese Personen wurden für die nachfolgenden Analysen nicht berücksichtigt.*

(2) Befragte ohne muslimische Religionszugehörigkeit die einen Migrationshintergrund aufweisen; (3) Befragte mit muslimischer Religionszugehörigkeit, die einen Migrationshintergrund aufweisen. Diese Einteilung erlaubt, Effekte der Religionszugehörigkeit (hier Zugehörigkeit zum Islam) von den Effekten eines Migrationshintergrundes analytisch zu trennen.

Zwischen Personen ohne Migrationshintergrund und den nichtmuslimischen Befragten mit Migrationshintergrund zeigen sich nur geringe Differenzen der Raten manifest antisemitisch Eingestellter (Abbildung 15). Im Jahr 2021 sind hier keine signifikanten Unterschiede zwischen beiden Gruppen (ohne Migrationshintergrund: 2.7 %, Nichtmuslime mit MHG: 2.8 %) zu erkennen. In beiden Teilgruppen finden sich danach über die Zeit signifikante Anstiege. Bei den Befragten ohne Migrationshintergrund erhöht sich die Rate manifest antisemitisch Eingestellter bis 2025 um + 1.8 Prozentpunkte auf 4.5 %. In der Gruppe der nichtmuslimischen Personen mit Migrationshintergrund ist eine Zunahme um + 3.3 Prozentpunkte auf 6.1 % zu konstatieren. Im Jahr 2025 ist der Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen eher klein und nur tendenziell signifikant.

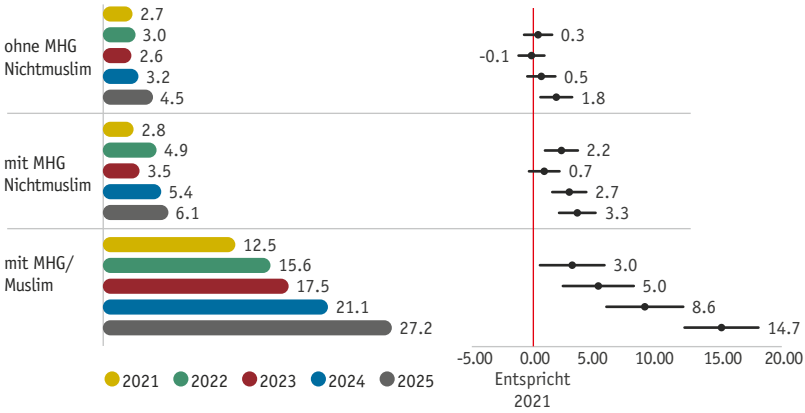


*Abbildung 15: Prävalenzraten antisemitischer Einstellungen (manifest) nach Migrantenstatus/ Religion und Erhebungsjahr (links) und Veränderungen in Prozentpunkten im Vergleich zu 2021 (rechts) (MiD 2021–2025, gewichtete Daten)*

Deutlich anders stellen sich das Niveau und die Entwicklung der Raten manifest antisemitischer Einstellungen hingegen bei den muslimischen Befragten dar. Hier zeigte sich im Jahr 2021 eine um etwa den Faktor vier im Vergleich zu den anderen beiden Gruppen erhöhte Rate manifest antisemitisch eingestellter Personen (12.5 %). Die Zuwächse der Raten im Verlauf der hier betrachteten fünf Jahre sind bei den muslimischen Befragten zudem besonders stark. Der Anteil Befragter mit manifest antisemitischen Haltungen nahm von 2021 bis 2024 um jährlich etwa 3 Prozentpunkte bis auf 21.1 % zu. 2025 ist danach ein weiterer, diesmal aber besonders ausgeprägter Anstieg um weitere + 6.1 Prozentpunkte zu verzeichnen. Damit ergibt sich für die Teilgruppe der Muslime seit 2021 ein Anstieg der Rate manifest antisemitisch eingestellter Personen um + 14.7 Prozentpunkte auf nun 27.2 %.

Weitere Analysen für die Gruppe der insofern besonders belasteten muslimischen Befragten nach Alter und Geschlecht bieten ergänzende wichtige Hinweise in Bezug auf relevanten Risikogruppen (Abbildung 16). Bei weiblichen muslimischen Befragten sind die Zuwächse im Zeitverlauf ähnlich stark wie bei Männern, geschlechtsbezogene Unterschiede sind weder in Bezug auf die Niveaus noch in Bezug auf die zeitlichen Trends signifikant.

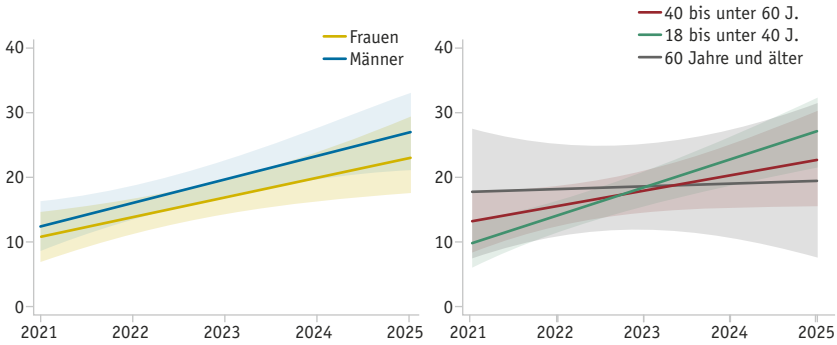


*Abbildung 16: Linearer Trend der Prävalenzraten manifest antisemitischer Einstellungen bei muslimischen Befragten nach Erhebungsjahr und Geschlecht (links) sowie nach Altersgruppen (rechts) (MiD 2021–2025; nur Muslime; gewichtete Daten)*

Besonders bemerkenswert sind jedoch die Differenzen der Trends in Bezug auf die drei Altersklassen. Während 2021 die jüngste Altersgruppe die

niedrigste Prävalenzrate aufwies, ist hier der Anstieg bis 2025 kontinuierlich und besonders stark (von 11.3 % über 13.2 %, 16.0 % und 20.3 % bis schließlich 29.1 %). Dies hat zur Folge, dass sich 2025 die Rangreihe ändert und nun die jüngste Altersgruppe mit 29.1 % die höchste Rate mit manifest antisemitischen Einstellungen aufweist.

*Zwischenfazit zu antisemitischen Einstellungen*

In der Summe finden sich in Bezug auf antisemitische Einstellungen ähnliche altersspezifische Trends, wie sie sich auch für die verschiedenen Formen extremismusaffiner politischer Einstellungen zeigen ließen. Auffällig sind vor allem die sich bei jüngeren Menschen zuspitzenden Entwicklungen und im Trend deutlich ansteigende Prävalenzraten. Hier ist zudem festzustellen, dass junge Menschen mit muslimischer Herkunft relativ betrachtet besonders belastet sind. Diese Feststellungen stehen im Einklang mit unseren Jugendstudien (Wetzels et al. 2025b). Sie sind vor allem auch im Hinblick auf die zielgruppenspezifische Gestaltung von Antisemitismusprävention bedeutsam und sollten insoweit systematisch aufgegriffen werden (vgl. Fischer & Wetzels, 2024; Wetzels et al., 2025c).

## Zusammenfassung und Ausblick

Fasst man die zentralen Befunde der MiD-Studien für den Zeitraum 2021 bis 2025 zusammen, so ist zunächst zu konstatieren, dass sich 2025 nach wie vor ein großer Teil der Bevölkerung in Deutschland mit einer Vielzahl an gesellschaftlichen Herausforderungen konfrontiert sieht und insoweit auch Bedrohungsgefühle artikuliert. Deutliche relative Anstiege finden sich seit 2021 insbesondere mit Blick auf Kriegsängste sowie in Bezug auf Sorgen über das Ausmaß des Zuzugs geflüchteter Menschen nach Deutschland. Der in den vorherigen Wellen unserer Analysen wiederholt beschriebene Zustand einer erheblichen Belastung der Bevölkerung durch multiple Krisenwahrnehmungen besteht insofern weiter und hat sich in Teilen noch zugespitzt.

Parallel dazu zeigen sich ganz erhebliche Verluste des Vertrauens der Bürger:innen in staatliche Institutionen. Hier wurde 2024 ein Tiefpunkt erreicht. Im Jahr 2025 hat sich danach die Situation nicht wesentlich verbessert.

Ähnliches gilt für die Wahrnehmung der Kompetenzen gesellschaftlicher Entscheidungsträger. Etwa 70 % nehmen 2025 an, dass die relevanten Entscheidungsträger in Staat und Gesellschaft sowohl die Fähigkeiten als auch die Bereitschaft zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme nicht besitzen. Das ist der zweithöchste Wert seit 2021. Die Verbesserung gegenüber dem Tiefstwert des Jahres 2024 ist minimal. Von daher ist ein Zusammentreffen von ausgeprägter Krisenwahrnehmung und subjektiver Bedrohungseinschätzung einerseits mit geringem Vertrauen und Zweifeln an den Kompetenzen der gesellschaftlichen Entscheidungsträger andererseits zu erkennen. Damit im Einklang stieg die Rate der Menschen, die sich stark verunsichert fühlen, im hier betrachteten Zeitraum von 2021 bis 2024 sehr stark an und verbesserte sich auch 2025 nicht. Eine klar überwiegende Mehrheit von 54.8 % artikuliert insoweit 2025 eine deutliche anomische Verunsicherung.

In der Summe sind damit 2025 ein Multikrisenmodus, starke Besorgnisse und erhebliche Legitimationsverluste der politischen Entscheidungsträger zu konstatieren, was sich in massiven Verunsicherungen eines großen Teils der Bürger:innen niederschlägt. Diese Situation hat sich von 2021 bis 2024 schrittweise verschärft und im Jahr 2025 nicht substanziell verbessert.

In Bezug auf die Verbreitung extremismusaffiner politischer Einstellungen zeigt sich im Trend ein sehr bemerkenswertes Bild sowohl in phänomenübergreifender als auch in phänomenspezifischer Hinsicht. So sind zwar die Einstellungen zu grundlegenden Prinzipien eines liberalen, demokratischen Rechtsstaates im Jahr 2025 bei 85.6 % der Befragten überwiegend positiv und bejahend, wie auch in verschiedenen anderen Studien festgestellt werden konnte (vgl. dazu jüngst auch Zick et al., 2025 und Decker et al. 2024 sowie Reuband 2025). Mit einer Rate der Demokratiedistanz von 14.4 % wird 2025, nach zwischenzeitlich höheren Quoten vor allem im Jahr 2023, zudem auch wieder ein Niveau erreicht, wie es bereits 2021 bestand. Allerdings sind hier gegenläufige Entwicklungen in den verschiedenen Altersgruppen sehr bedeutsam und sollten stärkere Beachtung finden. Die Prävalenzrate demokratiedistanter Einstellungen ging bei älteren Menschen zurück, während sie in den unteren Altersgruppen deutlich anstieg. 2021 war die höchste Demokratiedistanz bei älteren Menschen ab 60 Jahren zu finden. Diese Altersdifferenz ist heute nicht mehr gegeben. Dies verweist darauf, dass die beschriebenen gesellschaftlichen Veränderungen und Verunsicherungen insbesondere im Bereich der jüngeren Menschen

einen stärkeren Niederschlag in Form einer dort im Zeitverlauf deutlich angewachsenen Distanzierung von Prinzipien eines liberalen Rechtsstaates gefunden haben. Insoweit ist eine altersgruppen- und entwicklungsbezogene Betrachtung sowohl bei der Analyse als auch bei der Entwicklung von Folgerungen für Politik und Praxis vonnöten (vgl. Beelmann, 2022).

Das bestätigen auch die hier dargestellten Ergebnisse zu den Trends und sozialen Verteilungen extremismusaffiner Einstellungen in phänomenspezifischer Hinsicht. Bei einer Gesamtbetrachtung erscheint es zunächst so, als habe es zwischen 2021 und 2025 keine relevanten Anstiege klar ausgeprägter, manifest rechtsextremer Einstellungen gegeben. Eine altersdifferenzierte Analyse lässt dann aber erkennbar werden, im Einklang mit den Befunden zu Demokratiedistanz, dass hier gleichfalls gegenläufige Entwicklungen vorliegen: Während bei den jüngeren Altersgruppen sehr wohl Anstiege manifester rechtsextremer Einstellungen im hier betrachteten Zeitraum zu finden sind, lassen sich bei den älteren Menschen Rückgänge feststellen.

Darüber hinaus ist in der Bevölkerung die Quote derer, die eine Offenheit für rechtes Gedankengut zeigen, insbesondere seit 2023, erheblich angestiegen. 2025 liegt sie bei 29.6 %. Dies bestätigt Tendenzen einer zunehmenden Akzeptanz autoritärer Haltungen, die auch in anderen Studien gefunden wurden (vgl. Zick et al., 2025; Decker et al. 2024). Damit ist im Jahr 2025 mit 34.9 % mehr als ein Drittel der Bevölkerung als mindestens offen für rechtsextremes Gedankengut zu bezeichnen, was eine deutliche Herausforderung für die Demokratie markiert.

Solch eine Offenheit gegenüber rechtsextremen Positionen ist zudem bei jüngeren Menschen wiederum ganz besonders stark angewachsen. Es verfestigt sich insoweit der Eindruck, dass vor allem junge Menschen sich vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Krisen und Verunsicherungen verstärkt rechtsextremen, autoritären und intoleranten Haltungen zuwenden.

Im Hinblick auf islamismusaffine Einstellungen findet sich für die Zeit von 2021 bis 2025 ein ähnliches Phänomen mit nur leichten Abweichungen. Für die Verbreitung manifest islamismusaffiner Einstellungen ist eine kurvilineare Entwicklung der Raten von 9.3 % im Jahr 2021 über 15.1 % im Jahr 2023 zurück zu 10.0 % im Jahr 2025 zu konstatieren. Demgegenüber sind für latent islamismusaffine Einstellungen schrittweise stetige Zunahmen

von 20.0 % im Jahr 2021 auf nunmehr 30.0 % im Jahr 2025 zu verzeichnen. Damit ist zwar die Mehrheit der Muslim:innen nicht islamismusaffin eingestellt (60 %), gleichwohl ist mit 40 % bei einem doch ganz beachtlichen Anteil zumindest eine Offenheit für solche Haltungen zu finden.

Im Hinblick auf islamismusaffine Einstellungen zeigen sich die in den anderen Phänomenbereichen erkennbaren deutlichen altersbezogene Differenzen ebenfalls. Auch hier sind vor allem bei jüngeren Menschen problematische Entwicklungen zu konstatieren. So sind manifest islamismusaffine Einstellungen in den Jahren seit 2021 bei den jüngeren Befragten stets am stärksten ausgeprägt. In den beiden jüngeren Altersgruppen finden sich zudem die stärksten Anstiege latent islamismusaffiner Einstellungen. Das Ausmaß ihrer Verbreitung fällt in der jüngsten Gruppe im Jahr 2025 mit 33.6 % am höchsten aus. Damit liegt die Gesamtrate derer, die manifest (11.5 %) oder latent (33.6 %) islamismusaffine Einstellungen aufweisen, bei den unter 40-jährigen Muslim:innen bei knapp unter der Hälfte (45.1 %).

Im Hinblick auf die Entwicklung der tradierten Formen des Antisemitismus als einer Form von Intoleranz, die aktuell – insbesondere vor dem Hintergrund der kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten wie auch vermehrt registrierter Anschläge und Vorfälle auf nationaler und internationaler Ebene – viel diskutiert wird und politisch höchst brisant ist, sind die Befunde für den Zeitraum 2021 bis 2025 eindeutig.

Es zeigt sich eine deutliche Zunahme der Verbreitung antisemitischer Vorurteile seit 2023 in allen Bevölkerungsgruppen, das heißt seit dem Überfall der Hamas auf Israel und der Eskalation des Israel-Hamas-Krieges. Das steht im Einklang mit Befunden aus quasiexperimentellen Studien zum Gaza Krieg (vgl. Richter et al., 2023, Demmrich et al., 2025) und dem überwiegenden Teil der in dieser Hinsicht verfügbaren Daten aus anderen Befragungen aus dieser Zeit (zum Überblick vgl. Reuband, 2025).

Es bestätigt sich darüber hinaus für 2025 erneut der Befund mehrerer früherer Studien, dass antisemitische Einstellungen unter Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit in deutlich erhöhtem Maße anzutreffen sind. Das hatten auch unsere vorhergehenden Analysen der MiD-Studien 2021–2024 bereits gezeigt (vgl. Fischer & Wetzels, 2023, 2024; siehe auch Öztürk & Pickel, 2024). Auffallend ist allerdings, dass Anstiege

antisemitischer Ressentiments, die nicht nur bei Muslim:innen, sondern in allen Teilgruppen seit 2023 zu finden sind, bei muslimischen Befragten überproportional ausgeprägt sind.

Hervorzuheben ist mit Blick auf antisemitische Einstellungen ferner, dass sich auch diese Trends seit 2021 für verschiedene Altersgruppen auffällig unterschiedlich darstellen. Anstiege sind bei jüngeren Menschen am stärksten ausgeprägt. Das steht im Einklang mit den Ergebnissen unserer Jugendstudie (JuMiD) und den Entwicklungen, die sich dort bei 16- bis 21-Jährigen für die Zeit von 2022 bis 2024 haben zeigen lassen (Wetzels et al., 2025b, 2025c).

Insgesamt weisen die Befunde der MiD-Studie damit für den bisher verfügbaren Beobachtungszeitraum 2021 bis 2025 recht klar sowohl auf Anstiege extremismusaffiner Haltungen als auch auf Zunahmen tradierter Formen antisemitischer Einstellungen hin. Weiter zeigen sie, dass diese Entwicklungen im Bereich der Heranwachsenden und jungen Erwachsenen besonders deutlich ausgeprägt sind. Insofern geben die Befunde Anlass, das Segment der jüngeren Menschen sowohl mit Blick auf die Praxis als auch in Bezug auf die Forschung und das weitere Monitoring der Entwicklungen im Bereich unterschiedlicher Formen von Radikalisierung besonders aufmerksam im Blick zu behalten.

Allerdings auch einige Einschränkungen zu berücksichtigen: Die hier vorgestellten Ergebnisse aus den Einstellungsbefragungen im Rahmen der MiD-Studie unterliegen zum Ersten allen Limitierungen, die generell für standardisierte Befragungen auf repräsentativer Datenbasis gelten. Dies betrifft zum einen methodische Fragen, wie etwa Effekte sozialer Erwünschtheit oder auch Selektionen infolge variierender Rücklaufquoten.

Von daher ist es wichtig, die hier berichteten Ergebnisse stets im Kontext der Befunde aus anderen Studien, die mit anderen Methoden und Datenquellen durchgeführt wurden, etwa aus dem Bereich des Opfermonitorings, aus qualitativen Studien oder aus Analysen verfügbarer Hellfelddaten, einzuordnen. Eine solche Triangulation unterschiedlicher Datenquelle und methodischer Zugänge, wie sie MOTRA insgesamt kennzeichnet, gestattet es, belastbarere empirische Feststellungen zu treffen. Mit den Ergebnissen anderer standardisierter Umfragestudien, wie etwa

der Mitte-Studie (vgl. Zick et al., 2025) oder der Leipziger Autoritarismus-Studie (Decker et al. 2024) sind die hier berichteten Befunde in weiten Teilen recht gut in Einklang zu bringen. Sie stützen und ergänzen diese und sind zudem auch mit Erkenntnissen aus Hellfeldanalysen (vgl. dazu jüngst Groß & Häfele, 2026) sowie den Beobachtungen seitens der Praxis, wie sie im vorliegenden MOTRA-Monitor in den anderen Beiträgen dieses Bandes auch vorgestellt werden, gut zu vereinbaren.

In der Summe bestätigen unsere Analysen Erkenntnisse zu gesellschaftlichen Tendenzen einer Zunahme von Demokratiedistanz und autoritaristischen Einstellungen einerseits sowie intoleranter Haltungen gegenüber Minderheiten und Fremdgruppen andererseits im Kontext weitverbreiteter Verunsicherungen und multipler Krisenwahrnehmungen bei gleichzeitig erheblich gesunkenem Vertrauen in staatliche Institutionen und die Leistungsfähigkeit gesellschaftlicher Entscheidungsträger (so jüngst auch Amlinger & Nachtweyh, 2025 sowie Meyer, 2025, jeweils auch mit Hinweisen auf psychologische und soziale Hintergründe dieser Entwicklungen).

Die bisherigen Analysen der MiD-Studie von MOTRA sind wie o. a. im Trenddesign erfolgt. Dies stellt eine weitere wichtige Einschränkung dar. Solche wiederholten querschnittlichen Erhebungen gestatten es zwar, Veränderungen und Entwicklungen auf der Ebene der Gesellschaft insgesamt beziehungsweise im Bereich großer gesellschaftlicher Subgruppen in den Blick zu nehmen und genauer zu quantifizieren. Welche Faktoren jedoch auf der individuellen Ebene wirksam sind, was hier bei den Einzelnen maßgeblich zu Veränderungen und Entwicklungen im Sinne von Radikalisierung oder Deradikalisierung führt, ist so nicht hinreichend exakt zu bestimmen. Gerade solche Erkenntnisse wären jedoch im Bereich der Prävention besonders bedeutsam. Ein über längsschnittliche Analysen auf Individualebene erreichbare Verbesserung des Wissens zu Risiko- und Schutzfaktoren wäre wesentlich, um Interventionen und Maßnahmen auf der Individualebene evidenzbasiert und zielgruppengerecht zu gestalten beziehungsweise zu verbessern (vgl. Beelmann, 2022, 2023). Dazu sind Studien im Paneldesign sowie experimentelle Interventionsstudien vonnöten, die aktuell noch nicht hinreichend zur Verfügung stehen.

Hier liegt, abseits der weiteren multivariaten Analysen der vorliegenden Daten der MiD-Studie, eine der Perspektiven und nächsten Schritte unserer künftigen Forschung der nächsten Jahre. Um diesem Desiderat gerecht zu werden, wurde das Design der MiD-Studie in der zweiten Förderphase von MOTRA gezielt erweitert. Ab 2025 wird in einem Teil der MiD-Studie dazu ein Paneldesign umgesetzt, das künftig Erkenntnisse zu individuellen Entwicklungsverläufen bieten kann und so auch Hintergründe individueller Entwicklungs- und Veränderungsprozesse genauer zu ergründen gestattet (vgl. Fischer et al., 2025).

## *Literatur*

Amlinger, C. & Nachtwey (2025). *Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus*. Suhrkamp.

Beelmann, A. (2023). Radikalisierung und Extremismus. In T. Bliesener, F. Lösel & K.-P. Dahle (Hrsg.), *Lehrbuch Rechtspsychologie* (2. Aufl.), (S. 123–138). Hogrefe.

Beelmann, A. (2022). Radikalisierung als abweichende Sozialentwicklung. Bedingungen und Präventionsmöglichkeiten. In A. Beelmann & D. Michelsen (Hrsg.), *Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration: Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen* (S. 153–178). Springer.

Brettfeld, K. (2023). Demokratiedistante Einstellungen und die Akzeptanz autokratischer Strukturen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Herausforderungen und persönlicher Erfahrungen. *Bürger & Staat,* 73(1/2), 165–173. https://www.buergerundstaat.de/

Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J. M. K. & Wetzels, P. (2021a). Verbreitung politisch extremistischer Einstellungen und der Beobachtung von Intoleranz, Hass und Radikalisierung im eigenen Lebensumfeld, In U. Kemmesies., P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, E. Grande, I. Kusche & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2020* (S. 100–129). BKA.

Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J. M. K. & Wetzels, P. (2021b). Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Entwicklung, Inhalt und Aufbau des Erhebungsinstruments. *MOTRA-Forschungsbericht No. 1 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft.* Universität Hamburg. https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10257.

Brettfeld, K., Farren, D., Fischer, J. M. K., Endtricht, R. & Wetzels, P. (2025). Aktuelle Trends der Verbreitung extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland: Zur Entwicklung von Demokratiedistanz, Rechtsextremismus und Islamismus in der Zeit von 2021 bis 2024. In U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, S. Hutter, C. Büscher & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2023/2024* (S. 86–128). BKA. https://doi.org/10.57671/ISBN.978-3-911329-01-9_2025_MOTRA

Brettschneider, F. (2025). *Demokratiemonitor 2025. Teil 1: Demokratiezufriedenheit, Institutionenvertrauen und Populismus aus Sicht der Menschen in Deutschland.* Universität Hohenheim. https://komm.uni-hohenheim.de/

Beyer, H. (2024): Einstellungsforschung zum Antisemitismus. In P. Ullrich, S. Arnold, A. Danilina, K. Holz, U. Jensen, I. Seidel & J. Weyand (Hrsg.), *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*. Wallenstein.

Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2024): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024* (S. 29–99). Psychosozial-Verlag.

Decker, O., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2010). *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010.* FES.

Demmrich, S., Pollack, D., Müller, O. & Rosta, G. (2025). Antisemitism among Muslims in Germany before and after October 7, 2023. An analysis based on an unexpected event during survey design. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik.* Online Access Publikation. https://doi.org/10.1007/s41682-025-00233-7

Endtricht, R. & Wetzels, P. (2025). Die Sehnsucht nach Frieden im Nahen Osten: Einstellungen zum Gaza-Krieg und die Bewertung von Friedensvorschlägen bei Menschen in Deutschland. *MOTRA-Spotlight 03/25.* MOTRA. https://doi.org/10.57671/motra-2025003

Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J. M. K., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022). Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Durchführung und Rücklauf der Erhebung – Methodenbericht. *MOTRA-Forschungsbericht No. 2 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft.* Universität Hamburg. https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10259

Farren, D., Brettfeld, K., Wetzels, P., Fischer, J. M. K. & Endtricht, R. (2025). Menschen in Deutschland 2024. Vierte Welle der bundesweit repräsentativen Befragung: Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrument und Codebuch. *MOTRA Forschungsbericht No. 17 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft.* Universität Hamburg. https://doi.org/10.25592/uhhfdm.16817

Fischer, J.M.K. Farren, D., Brettfeld, K., Wetzels, P., Endtricht R., Kleinschnittger, J. & Richter, T. (2025). Menschen in Deutschland. Fünfte Welle der bundesweit repräsentativen Befragung: Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrument und Codebuch. *MOTRA Forschungsbericht No. 20 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft.* Universität Hamburg. https://doi.org/10.25592/uhhfdm.18167

Fischer, J. M. K., Farren, D., Brettfeld, K., Endtricht, R. & Wetzels, P. (2023). Menschen in Deutschland 2022. Zweite Welle der bundesweit repräsentativen Befragung: Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrument und Codebuch. *MOTRA-Forschungsbericht No. 6 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft.* Universität Hamburg. https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11415

Fischer, J. M. K. & Wetzels, P. (2024). Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in Deutschland: Befunde repräsentativer Befragung zu Trends seit 2021 und den Einflüssen von Migrationshintergrund, Religionszugehörigkeit und Religiosität. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik (ZRGP).* Online. Open Access. https://doi.org/10.1007/s41682-024-00167-6. Auch publiziert in: *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik,* 2025, Vol. 9, Special Section Special Section „Politischer Islamismus und Autoritärer Nationalismus“, S. 155-188.

Fischer, J. M. K. & Wetzels, P. (2023) Antisemitismus in Deutschland: Notwendige Differenzierungen in der Migrationsgesellschaft. *Rechtspsychologie, 9*(3), 346–381. https://doi.org/10.5771/2365-1083-2023-3-346

Groß, E. & Häfele, J. (2026). *Vorurteilskriminalität.* In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.). Dossier Innere Sicherheit. Online: https://www.bpb.de/themen/innere-sicherheit/dossier-innere-sicherheit/574453/vorurteilskriminalitaet/

Imhoff, R. (2020). Antisemitismus, die Legende der jüdischen Weltverschwörung und die Psychologie der Verschwörungsmentalität. *Wissen schafft Demokratie,* 8, 94-103. https://doi.org/10.19222/202101/08

Kleinschnittger, J., Richter, T., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2025). Antisemitische und muslimfeindliche Haltungen in Deutschland: Entwicklungen seit dem Jahresbeginn 2023. In: U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, S. Hutter, C. Büscher & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2023/2024* (S. 130–153). BKA. https://doi.org/10.57671/ISBN.978-3-911329-01-9_2025_MOTRA

Meyer, B. (2025). *Anders. Was wir aus der Psychologie über den Umgang mit Unterschieden lernen können.* Ullstein.

Mokros, N. & Zick, A. (2023). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung. In: A. Zick, B. Küpper & N. Mokros, *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und Demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23* (S.149–184). Dietz.

Öztürk, C. & Pickel, G. (2024). Antisemitismus unter Muslim*innen: Sozialisation, religiöse Tradierung oder herkunftsübergreifendes Feindbild des islamischen Fundamentalismus. *Zeitschrift für Religion Gesellschaft und Politik.* Online: https://doi.org/10.1007/s41682-024-00195-2

Reuband, K.-H. (2025). Nimmt in Deutschland der Antisemitismus zu? Paradoxe Befunde und offene Fragen. *Zeitschrift für Parteiwissenschaften, 41*(2), 388–427. https://doi.org/10.24338/mip-2025388-427

Reuband, K.-H. (2023). Gibt es eine „alarmierende" Ausbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung? *Zeitschrift für Parteiwissenschaften, 39*(3), 377-419. https://doi.org/10.24338/mip-2023377-419

Richter, T., Brettfeld, K., Greipl, S., Hohner, J., Hunger, S., Kanol, E., El Masri, M. & Wetzels, P. (2022). Auswirkungen des Gaza-Krieges 2021 auf Deutschland: Eine mehrdimensionale Analyse des Radikalisierungsgeschehens. In: U. Kemmesies., P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, E. Grande, C. Büscher & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021,* (S. 222-247). MOTRA. https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2_2022_MOTRA

Wetzels, P. & Brettfeld, K. (2023). Politisch-islamistische Einstellungen bei in Deutschland lebenden Muslimen: Zur ambivalenten Rolle der Religion. In: U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, C. Büscher, A. Dessecker, S. Hutter & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2022* (S. 366–396). MOTRA.

Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R., Fischer, J. M. K. & Farren, D. (2022a). Zur Verbreitung extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland: Befunde der repräsentativen Befragung „Menschen in Deutschland 2021". In U. Kemmesies., P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, E. Grande, C. Büscher & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021* (S. 72–103). MOTRA.

Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D. & Fischer, J. M. K. (2022b). Verbreitung extremismusaffiner politischer Einstellungen sowie Konfrontationen mit Intoleranz und politischem Extremismus in Deutschland 2021. *MOTRA-Forschungsbericht No. 4 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft.* Universität Hamburg. https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10507

Wetzels, P., Farren, D., Brettfeld, K., Fischer, J.M. K., Endtricht, R. & Richter, T. (2025a). Erste Ergebnisse der repräsentativen MOTRA-Befragung „Menschen in Deutschland" 2025 (MiD 2025). Subjektive Wahrnehmungen gesellschaftlicher Entwicklungen und Zustände sowie diesbezügliche Trends in Deutschland seit 2021. Universität Hamburg. https://doi.org/10.25592/uhhfdm.18053

Wetzels, P., Fischer, J.M. K., Brettfeld, K. & Farren, D. (2025b). Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen unter jungen Menschen: Entwicklungen zwischen 2022 und 2024 sowie Zusammenhänge mit Migration und Religion. In: T. Vester, J. Kinzig, J. Grafe, B. Iberl, S. Schreier; K. Stelzel & I. Abrell (Hrsg.), *Am Puls der Zeit?! Trends, Transfer und Tradition in der Kriminologie* (S. 239–260). Forum. http://dx.doi.org/10.15496/publikation-110350

Wetzels, P., Fischer, J. M. K. & Brettfeld, K. (2025c). Antisemitismus unter Jugendlichen in Deutschland: Herausforderungen für die jugendstrafrechtliche Praxis und Prävention. *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ), 37*(4), 308-318.

Wetzels, P., Fischer, J. M. K., Farren, D., Brettfeld, K. & Endtricht, R. (2023). Menschen in Deutschland 2023. Dritte Welle der bundesweit repräsentativen Befragung: Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrument und Codebuch. *MOTRA-Forschungsbericht No. 12 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft.* Universität Hamburg. http://doi.org/10.25592/uhhfdm.13846

Zick, A., Mokros, M. & Küpper, B. (2025). Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft. In: A. Zick, B. Küpper, N. Mokros & M. Eden (Hrsg.), *Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25* (S. 69–124). Dietz.